

Bezugspreis.

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2.- Reichsmark voraus zahlbar.

Der „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Welt und Zeit“ sowie den Beilagen „Unterhaltung und Wissen“ „Aus der Welt“, „Frauenstimme“, „Der Kinderfreund“, „Jugend-Vorwärts“ und „Bild in die Zukunft“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphen-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Freitag, den 25. März 1927

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Das Notgesetz der Unternehmer.

Die Gewerkschaften beim Reichsarbeitsminister.

Der neue Regierungsentwurf zum Arbeitszeitnotgesetz, den wir, um dem ewigen Rätselraten ein Ende zu machen, weiter unten im vollen Wortlaut veröffentlichen, muß innerhalb der Arbeiterschaft lähmendes Entsetzen hervorrufen; denn der neue Entwurf ist eine Mißgeburt, wie der „Deutsche“ schon vor einigen Tagen befürchtet hat.

Schon die ersten Andeutungen über den Inhalt des zwischen den Koalitionsparteien vereinbarten Notgesetzes über die Regelung der Arbeitszeit ließen erkennen, daß es den Rechtsparteien gelungen ist, diesen Entwurf, verglichen mit dem von den Gewerkschaften entschieden abgelehnten ersten Regierungsentwurf, noch zu verschlimmern.

Zahlung eines Lohnzuschlages nur für einen beschränkten Teil der Ueberstunden

in Frage kommt. Andererseits erfahren andere Bestimmungen erhebliche Verschlechterungen. Der Aufhebung des hart umstrittenen Absatzes 3 des § 11 steht gegenüber die Neufassung des § 10, die in Zukunft gestatten soll, daß die zehnstündige Arbeitszeit ohne besondere Genehmigung überschritten werden darf, wenn sonst das Ergebnis der Arbeit gefährdet oder ein unverhältnismäßig großer wirtschaftlicher Schaden verursacht werden würde.

Überschreitung der zehnstündigen Arbeitszeit

und zwar ohne irgendeine nähere Befristung auch möglich sein soll in außergewöhnlichen Fällen, die unabhängig vom Willen des Betroffenen eintreten und nicht auf andere Weise zu beseitigen sind.

Bei den Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsminister haben die Vertreter des ADGB, des AFB-Bundes und des Gewerkschaftsrings in voller Einmütigkeit die Erklärung abgegeben, daß der Entwurf der Reichsregierung für die gesamte Arbeiterschaft Deutschlands eine grenzenlose Enttäuschung bedeutet und sie der Reichsregierung alle Verantwortung für die unvermeidlich aus dieser Entscheidung der Koalitionsparteien sich ergebenden Konsequenzen aufbürden müssen.

Der neue Entwurf zum Arbeitszeitnotgesetz

Der neue Entwurf hat folgenden Wortlaut: Die Verordnung über die Arbeitszeit vom 21. Dezember 1923 (Reichsgesetzblatt I, Seite 1249) wird, vorbehaltlich der endgültigen Regelung, wie folgt geändert:

1. Der § 6 erhält folgenden Absatz 3: Vor die Arbeitszeit tarifvertraglich geregelt und ist der Tarifvertrag seit

nicht mehr als drei Monaten abgelaufen, so dürfen die im Absatz 1 bezeichneten Behörden nicht längere Arbeitszeiten zulassen, als nach dem Tarifvertrag zulässig gewesen wäre.

2. Der bisherige Absatz 3 des § 6 wird Absatz 4.

3. Hinter den § 6 wird folgender § 6a eingeschaltet: Wird auf Grund der §§ 3, 5, 6, 9 oder 10 Absatz 2 Mehrarbeit geleistet, so haben die Arbeitnehmer mit Ausnahme der Beihilfingen für die über die Grenzen des § 1 Satz 2 und 3 hinausgehende Arbeitszeit Anspruch auf eine angemessene Vergütung über den Lohn für die regelmäßige Arbeitszeit hinaus. Dies gilt nicht, soweit die Mehrarbeit auch nach den §§ 2, 4 oder 10 Absatz 1 zulässig wäre oder lediglich infolge von Naturereignissen, Unglücksfällen oder anderen unvermeidlichen Störungen erforderlich ist.

Als angemessene Vergütung gilt, sofern die Beteiligten nicht nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes eine andere Regelung vereinbaren oder besondere Umstände eine solche rechtfertigen, ein Zuschlag von 25 Prozent. Im Streitfall entscheidet bindend der Schlichter.

War die Mehrarbeit schon am 1. April 1927 tarifvertraglich vereinbart oder behördlich zugelassen, so gelten die Vorschriften der Absätze 1 und 2 erst vom Ablauf des Tarifvertrages oder der Genehmigung, spätestens jedoch vom 1. Juli 1927 an.

Wird in Gewerben, die ihrer Art nach in gewissen Zeiten des Jahres regelmäßig zu erheblich verstärkter Tätigkeit genötigt sind, in diesen Zeiten über die Grenzen des § 1 Satz 2 und 3 hinaus gearbeitet, so kann der Reichsarbeitsminister nach Anhörung der wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer bestimmen, daß die Vorschriften der Absätze

1 und 2 keine Anwendung finden, soweit die Mehrarbeit durch Verkürzung der Arbeitszeit in den übrigen Zeiten des Jahres ausgeglichen wird.

4. Der § 9 Absatz 1 erhält folgenden Wortlaut: Die Arbeitszeit darf bei Anwendung der in den §§ 3 bis 7 bezeichneten Ausnahmen zehn Stunden täglich nicht überschreiten; eine Überschreitung dieser Grenze ist nur in Ausnahmefällen aus dringenden Gründen des Gemeinwohls mit befristeter Genehmigung der im § 6 Absatz 1 bezeichneten Behörde oder dann zulässig, wenn es sich um Vorbereitungs- und Ergänzungsarbeiten handelt, bei denen eine Vertretung des Arbeitnehmers durch andere Arbeitnehmer des Betriebes nicht möglich ist und die Heranziehung betriebsfremder Arbeitnehmer dem Arbeitgeber nicht zugemutet werden kann. Was als Vorbereitungs- und Ergänzungsarbeiten anzusehen ist, bestimmt der Reichsarbeitsminister nach Anhörung der wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer.

5. Der § 10 erhält folgenden Wortlaut: Die nach dieser Verordnung sich ergebenden Beschränkungen der Arbeitszeit finden keine Anwendung auf Arbeiten in Notfällen und in außergewöhnlichen Fällen, die unabhängig vom Willen der Betroffenen eintreten und nicht auf andere Weise zu beseitigen sind, besonders wenn Rohstoffe oder Lebensmittel zu verderben oder Arbeitserzeugnisse zu mißlingen drohen.

Das gleiche gilt, wenn eine geringe Zahl von Arbeitnehmern an einzelnen Tagen mit Arbeiten beschäftigt wird, deren Nichterledigung das Ergebnis der Arbeit gefährdet oder einen unverhältnismäßigen wirtschaftlichen Schaden zur Folge haben würde, und wenn dem Arbeitgeber andere Vorkehrungen nicht zugemutet werden können.

6. Der § 11 und der § 12 fallen weg.

Hintermänner des Rathenaumordes?

Sensationelle Befundungen im Siezener Femeprozeß. — Ermittlungsverfahren gegen Eitel Friedrich, Ludendorff, Ehrhardt, Alwaloff-Vermont?

Siezen, 24. März. (Eigener Drahtbericht.) Am dritten Tag des Fememordprozesses gegen Schwing, Salomon und Heinz kam es zu stürmischen Zusammenstößen zwischen der Verteidigung, den Angeklagten und dem Zeugen Schmidt-Halbschuh, bei denen der Angeklagte Heinz eine sensationelle Mitteilung machte.

Der Zeuge Schmidt-Halbschuh, ein ehemals intimer Freund von Heinz, Organisator nationaler Verbände, Mitwisser der in jenen Kreisen geschmiedeten Pläne und Untaten, belastete Heinz auf das schwerste. Er berichtete von einer

Zusammenkunft in Frankfurt a. M. zwischen Heinz, Illfesen, Kern u. a., bei der die Ermordung Rathenaus besprochen wurde.

Salomon und Heinz widersprachen, worauf Schmidt-Halbschuh den Heinz höhnisch fragte, ob es nicht wahr sei, daß auch diesmal Ehrhardt einen diesbezüglichen Brief an Heinz geschrieben habe, mit der Anrede „Liebes Bäschen“.

„Nach dem Bad Raubeimer Nord — so sagt Schmidt aus — seien Salomon und Kern zu einem Gefinnungsfreund, dem Sanitätsrat Dr. Liebe in Eggershausen, geflohen. Dort war auch Heinz; auch Schmidt-Halbschuh wurde beobachtet und Heinz sagte ihm, als von Wagner die Rede war: „vor dem brauchen wir uns nicht mehr zu fürchten!“

Außerdem hatte Heinz dort diesmal Besprechungen bezüglich des Attentats auf Scheidemann.

Schmidt-Halbschuh berichtet ferner, an Salomon sei ihm damals ein fremdes Abzeichen aufgefallen, was dieser auf Rod trug. Auf eine Frage danach habe Salomon erwidert: „Das sei eine Auszeichnung vom „Chei“ für die Raubeimer Lat.“ Nur er, Salomon, Kern, sowie Schwing hätten zusammen vom „Chei“, d. h. Ehrhardt, diese Nadel bekommen!

Schmidt erzählte weiter, daß Heinz an dem Versuch, den an der Ermordung Rathenaus beteiligten Günther durch vergiftete Prallnees im Gefängnis zu ermorden, beteiligt gewesen sei. Er erzählt, daß Heinz einen Befehlungsvertrag für Ledow geplant habe für den Fall, daß dieser zum Tode verurteilt würde.

Nun kam es zu einer tumultuarischen Szene. Die Angeklagten schrien laut gegen Schmidt-Halbschuh auf und beschimpften ihn. Schmidt-Halbschuh entwortete mit neuen schwer belastenden Andeutungen. In diesem Augenblick sprang

Heinz freiblieblich aus der Anklagebank hervor, stellte sich vor das Gericht und rief:

„Das ist alles elende Verleumdung! Schmidt ist schuld, wenn ich vor vier Wochen von Reichsanwalt Niehammer vernommen wurde in einem Ermittlungsverfahren, das gegen mich eingeleitet worden ist, sowie gegen den Prinzen Eitel Friedrich, Ludendorff, Ehrhardt und den General Alwaloff Vermont wegen Aufforderung zur Ermordung Rathenaus.“

Aus einer Frage eines Verteidigers an Schmidt-Halbschuh ging hervor, daß Ludendorff an Heinz einen Brief geschrieben haben soll, der u. a. folgende Worte enthielt: „Mein lieber Freund, warum bringen Sie ihn (Rathenau) nicht endlich um?“

Hierauf betrat als nächster Hauptzeuge der bekannte Tilleffen den Saal. Die Verhandlung dauerte in den späten Abendstunden noch an.

Preußen gegen Wilhelms Rückkehr.

Das preußische Staatsministerium fordert die Verlängerung des Republikstuhgesetzes.

In diesem Sommer läuft das Republikstuhgesetz ab. Wenn seine Verlängerung nicht erfolgt, wird den Putschverbänden und ihren monarchistischen Hintermännern der Weg geöffnet, um die eben begonnene Konsolidierung des politischen Lebens in der Republik wieder planmäßig zu unterbrechen. Deshalb hat Ministerpräsident Otto Braun in einem Brief an den Reichskanzler Marx namens der Staatsregierung dringende Mahnungen zur Verlängerung des Republikstuhgesetzes und besonders solche zur Verhütung der Rückkehr Wilhelms II. gefordert.

Braun macht darauf aufmerksam, daß der Fall des Gesetzes es unmöglich mache, republikfeindliche Organisationen oder auch die Beschimpfung der republikanischen Staatsform zu bekämpfen, da das geltende Strafgesetzbuch dazu keine Handhabe biete. Dann fährt der Ministerpräsident fort:

Dazu kommt auch noch die Möglichkeit einer Rückkehr des früheren Kaisers nach Deutschland, gegen die nach Auf-

Reichskonferenz der „Dewog“.

Am Sonnabend, dem 12. März, vorm. 9 Uhr, fand in Berlin, im Sitzungssaal des Bundeshauses des ADGB, Inselstr. 6, eine Reichskonferenz der Deutschen Wohnungsfürsorge für Beamte, Angestellte und Arbeiter („Dewog“) statt. Die Konferenz war von 35 Vertretern aus allen Bezirken besetzt. Der Leiter der Dewog, Architekt Gen. Linneke gab einen Bericht über den Stand der Bewegung, wobei er auch dem bisherigen Leiter der Dewog, Gen. Dr.-Ing. Martin Wagner, den Dank für die geleistete Arbeit aussprach und die weiteren Pläne der Dewogarbeit erläuterte. Dieser Bericht zeigte, daß die neue, auf die freien Gewerkschaften gestützte Wohnungsfürsorgeorganisation bereits gute Erfolge erzielt hat. Mehr als 3100 Wohnungen sind bisher fertiggestellt worden oder gehen ihrer Vollendung entgegen. Nach den Ausführungen des Gen. Linneke soll jetzt vor allem an dem organisatorischen Ausbau und der Stärkung der Gemeinschaftsarbeit zwischen den örtlichen Gesellschaften und der Zentrale, der Dewog, gearbeitet werden. Ein Erfahrungsaustausch soll den einzelnen örtlichen und bezirklichen Gesellschaften ermöglichen, ihre Arbeit immer fruchtbarer zu gestalten. Die dem Berichte der Zentrale folgenden Berichte über die Arbeit der einzelnen örtlichen Gesellschaften, die sehr ausführlich gegeben wurden, gaben ein anschauliches Bild von dem erfolgreichen Wirken der Organisation, die sich innerhalb des gemeinnützigen Kleinwohnungsbaues bereits eine achtunggebietende Stellung erworben hat. Im weiteren Teil der Konferenz wurden Organisationsfragen beraten und es wurde ferner das Verhältnis zur Bauernbewegung besprochen. Schließlich wurde das Problem der Spartätigkeit für den Kleinwohnungsbaue diskutiert. Am Sonntag vorm. 9 Uhr eröffnete Syndikus A. Star, als einer der bisherigen Vorstehenden, im Meisteraal in der Köpferer Straße den Verbandstag unseres Reichsverbandes für Bauernbewegung, an welchem etwa 65 Delegierte teilnahmen. Nach der Berichterstattung über die bisherige Arbeit wurde ein neuer Vorstand gewählt und es wurden die Satzungen des Verbandes umgestellt. Zum Vorsitzenden wurde Architekt Linneke gewählt und zu seinem Stellvertreter Geschäftsführer Fromm, Berlin, und Architekt Klement, Hamburg. Der Name des Reichsverbandes lautet jetzt: Reichsverband der gemeinnützigen Bauernbewegungen. In der Debatte kam eindeutig zum Ausdruck, daß jeder daran mitwirken müsse, daß die Bauernbewegungen sich noch viel stärker wie bisher der Wohnungsfrage annähmen und daß alle auf unserem Boden stehenden Bauernbewegungen in ein Verhältnis zur „Dewogorganisation“ gebracht werden. Ein Referat des Architekten Groß über „Hausbewirtschaftung“, dem eine fruchtbare Diskussion folgte, und in der festgelegt wurde, daß die Zeitschrift der „Dewog“, die „Wohnungswirtschaft“ die praktischen Fragen der Haus- und Wohnungswirtschaft näher behandeln soll, beschloß die Tagung. Als Tagungsart für den nächsten Verbandstag wurde Hamburg festgelegt.

Aus den Bezirken.

1. Bezirk — Mitte.

In der Bezirksversammlung am Mittwoch, dem 16. März 1927, gelang ein Antrag wegen Auflösung der Schuhreparaturwerkstatt für die Erwerbslosen zur Verhandlung. Von den bürgerlichen Parteien wurde ausgeführt, daß die Werkstatt trotz hoher Zuschüsse teuer arbeite wie die selbständigen Schuhmacher und daß auch die Zahl der Erwerbslosen durch die Aufrechterhaltung der Werkstatt nicht verringert wird. Von unserer Fraktion und der KPD. wurde darauf hingewiesen, daß es den bürgerlichen Parteien nur darauf ankomme, jede soziale Einrichtung außer Acht zu lassen. Wenn die Angaben zuträfen, würden sicher die Erwerbslosen die billigeren Schuhmacher in Anspruch nehmen. Der Antrag wurde mit unseren und den Stimmen der KPD. abgelehnt. Somit bleibt die Schuhreparaturwerkstatt bestehen. Ein Antrag, der gründliche Reinigung der Straßen und Plätze fordert, wurde durch Erklärungen des Bezirksamtes, daß die Angelegenheit durch Verhandlungen mit den betreffenden Kaufleuten geregelt wurde, erledigt. Einige weitere Vorlagen, unter anderem die Bewilligung von Mitteln für die Instandsetzungsarbeiten im ehemaligen Feuerwachegebäude in der Liedstraße sowie Ankauf von Büchern für die Volkshochschule in der Adalbertstraße, wurden angenommen.

3. Bezirk — Wedding.

Die Bezirksversammlung vom 16. d. M. beschäftigte sich mit dem Bezirkshaushaltsplan für das Jahr 1927. Von der bei der Bedarfsanmeldung geforderten Summe sind vom Magistrat nicht weniger als 3.300.000 Mark gestrichen worden, darunter befindet sich auch die Baurate für das Verwaltungsgebäude, die Anforderungen für Spiel- und Sportplätze und für Reupflasterungen. Genosse Pätzsch brachte eine Entschließung ein, in der gegen diese Abstriche, und besonders gegen die Abstriche auf dem Gebiet der Sozialfürsorge, energig Einspruch erhoben wird. Nicht nach der jetzt zur Anwendung gebrachten Schlüsselzahl sollen die Mittel verteilt werden, sondern nach den wirklichen Bedürfnissen der Bezirke. Zu einer längeren Debatte kam es bei der Anfrage der Bürgerlichen Vereinigung, welche Häuser aus den Volkshochschulen entfernt werden seien. Gegenstand ist es ferner die Tatsache, daß aus der Volkshochschule in der Hirschfelder Straße Bibel und Gesangbuch entfernt worden sind. Die

Redner der Bürgerlichen Vereinigung ergingen sich in hohen Tiraden über den Wert der Bibel und die gewaltige Kraft des Christentums. Demgegenüber wurde von dem Fraktionsredner der SPD. dargelegt, daß in dem Ausschuss, der sich mit der Sache befaßt habe, kein Wort gegen den Wert der Bibel und das Christentum gesagt worden sei. Die Sozialdemokraten und Kommunisten hätten auch gar keinen Grund dazu, sei doch das Christentum in seinen Anfängen eine kommunistische Bewegung von gewaltiger, revolutionärer Kraft gewesen. Sie wünschten nicht nur, daß die Anhänger der Bürgerlichen Vereinigung die Bibel lesen, sondern daß

Freie Sozialistische Hochschule.

Sonnabend, 26. März, 7 1/2 Uhr abends
im Sitzungssaal des ehemaligen Herrenhauses, Leipziger
Straße 3, Vortrag des Gen. Prof. Dr. Emil Lederer-Heidelberg
„China in der Weltpolitik“

Eintrittskarten zum Preise von 30 Pf. sind zu haben an der Abendkasse sowie an folgenden Stellen: Bureau des Bezirksbildungsausschusses, Lindenstr. 3, 2. Hof, 1. Zimmer K. — Buchhandlung J. H. W. Dietz, Lindenstraße 2. — Verband der graphischen Hilfsarbeiter, Ritterstraße Ecke Luisenufer. — Zigarrengeschäft Horst, Engelster 24-25, Gewerkschaftshaus. — Tabakvertrieb, Inselstr. 6. — Verlag des Verbandes der deutschen Buchdrucker, Dreibundstr. 3. — „Werkzeuge“ Bücherstube, Potsdamer Str. 194. — Berliner Gewerkschaftskommission, Engelster 24-25 (Gewerkschaftshaus), sowie in allen Vorwärts-Expeditionen. Groß-Vertrieb: Vorwärts-Expedition Lange Str. 5.

Ne auch nach den Lehren des Christentums handeln; nur in eine öffentliche Lesehalle gehören diese Bücher nicht. Wollte man Erlaubnisstätten haben, so solle man die Kirchen öffnen. Die Bezirksverordnetenversammlung beschäftigte sich dann mit der Berordnung der preussischen Staatsregierung vom 11. November 1926 über Aufhebung des Rieterschutzes für die Rieter von Gewerbe- und Geschäftsräumen. Es wurde ein Antrag angenommen, den Magistrat zu ersuchen, bei der preussischen Staatsregierung vorstellig zu werden, damit die Berordnung aufgehoben werde. Der Antrag der KPD., den einheitlichen Umsteigefahrplan für Omnibus-, Untergrund- und Straßenbahn samt für 20 Pf. mit 15 Pf. abzugeben, wurde abgelehnt. Genosse Drews, der Redner der SPD., führte dazu aus, daß es unmöglich sei, die Verkehrsunternehmungen bei einem Tarif von 15 Pf. zu unterhalten und auszubauen. Die Untergrundbahn Frankfurter Allee—Vichtenberg koste allein 85 Millionen Mark, und auch die Untergrundbahn Gesundbrunnen—Reutchen verbringe noch große Summen. Wollte man den Ausbau nicht aus den Betriebsüberschüssen decken, so müsse man Auslandsanleihen aufnehmen, wodurch der Berliner Bevölkerung gewaltige Zinslasten aufgebürdet würden. Große Heiterkeit erregte es, als unser Redner nachwies, daß die Kommunisten in der Verkehrsdeputation der Stadtverordnetenversammlung für den 20-Pfennig-Tarif gestimmt hätten.

4. Bezirk — Prenzlauer Berg.

In der Bezirksverordnetenversammlung am 16. März wurde ein Antrag der KPD.-Fraktion betr. die Einführung der 45stündigen Arbeitswoche in den städtischen Bureaus, über den bereits in der Stadtverordnetenversammlung vom 10. Februar 1927 beschloffen wurde, ohne Begründung und Debatte abgelehnt. Zu einer Anfrage der KPD.-Fraktion über die Unterschlagungen eines Wohnjahrsvorsiehers W. erklärten die Antragsteller, daß sie auf die Verantwortung keinen Wert mehr legen, womit die Anfrage erledigt war. Ein Antrag des Bezirksamtes, dem „Kinderheim Prenzlauer Berg“ 2600 Mark zu bewilligen für Kosten, die dem Verein im Vorjahr durch die Verschickung von Kindern entstanden sind, wurde angenommen. Eine Beschwerde der Versammlung betr. den Ausbau des Ringbahnhofs Prenzlauer Allee, ist auch von der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn abschlägig beschieden, sie erklärt sich außerstande, ihre frühere Stellungnahme zu ändern. Mit der Aufhebung der Baufluchtlinien des ehemaligen Exerzierplatzes, der Ausweisung des Geländes als Freifläche und einer Straßenfluchtlinienseffizierung für die Rudolf-Wolke-Straße nach einem ausliegenden Plane, erklärte sich die Versammlung einverstanden. Der Antrag der Versammlung, den Bahnhof „Weißensee“ umzubenennen in „Greifswalder Straße“ ist in den Vorschlägen des Magistrats berücksichtigt und an die Reichsbahndirektion weitergeleitet. Mit der Streichung von 20.000 M. bei den Vorbehaltsmitteln zugunsten der Sparaktion erklärte sich die Versammlung einverstanden. Zu einer vorliegenden Auffstellung über die vom Magistrat im Haushaltsplan 1927 beschloffenen Änderungen hofft die Versammlung, daß die Stadtverordnetenversammlung die Sache verfolgen werde. Von einem Mitgliede der Deutschnationalen wurde bemängelt, daß seiner Meinung nach die Deputationen „nicht genügend zur Mitarbeit herangezogen“, wichtige Beschlüsse (z. B. daß in der Schule Senefelderstraße eine weltliche Schule errichtet werden solle usw.) ohne Mitwirkung der Deputation gefaßt und daß sie „nicht ausreichend informiert“ würden. Von einem Mitgliede der demokratischen Fraktion wurde der Vorwurf der ungenügenden Information unterstellt. Von den Stadträten und dem Bürgermeister Genossen Ostrowski wurde diese Auffassung widerlegt. Von dem letzteren wurde ausgeführt, daß keinerlei Neigung bestehe, das Selbstverwaltungsrecht der Deputationen zu beschneiden oder auszuschalten; das Gegenteil sei

richtig. Hierbei verwies er auch auf gegen ihn in der „Deutschen Zeitung“ gerichtete Anwürfe, worauf von einem Mitgliede dieser Fraktion erklärt wurde, daß seine Fraktion diesen Artikel völlig fern stehe, daß weder sie noch ihr Landesvorsitzender diese Artikel billige, daß ihnen aber zur Erzwingung der Berichtigung keinerlei Macht zur Verfügung stehe.

7. Bezirk — Charlottenburg.

Am 16. März erledigte die Bezirksversammlung eine Anzahl von Vorlagen ohne große Debatte: Sie schickte die Vorlage über Verbesserungen in der Badeanstalt Westend in einen Ausschuss; sie bewilligte die Mittel für den Neubau eines Ambulatoriums für knochen- und gelenktuberkulöse Kinder auf dem Wasserwerksgrundstück neben dem Krankenhaus Westend und ebenso die Mittel zur Beschaffung von Liegestühlen und Decken für den Volkshochschulgarten der Frauenschule. Die Vorlage betr. Abänderung der Satzung und Geschäftsanweisung für die Wahlfahrts- und Jugendkommission ergab eine längere Diskussion, die von der KPD. zu allerhand ungeschicklichen Angriffen auf unsere Genossen benützt wurde. Genosse Kagenstein und Genossin Kühn vertraten unsere Stellung, verfochten vor allem den Standpunkt, daß die Wählbarkeit zu Mitgliedschaft der Kommission auf das Alter der gesetzlichen Geschäftsfähigkeit, also auf 21 Jahre herabgesetzt werden müsse. Dieser Standpunkt fand dann auch eine Mehrheit in der Versammlung. Am 7 Uhr kam es zur namentlichen Abstimmung über die Vorlage betr. Abänderung der Fluchtlinien am Gustav-Adolf-Platz. Der stellvertretende Vorsteher, der die Versammlung leitete, Genosse Dr. Rawe, gab den Beschluß des Vorkomitees bekannt: „Am Einvernehmen mit dem Herrn Vorstehenden der Bezirksversammlung Dr. Brig hat der Vorkomitee einstimmig beschlossen, im Interesse der Klarstellung der Abstimmung über den Antrag des Bezirksamtes in eine namentliche Abstimmung ohne vorhergehende Debatte einzutreten.“ Es wurde ferner mitgeteilt, daß von keiner Seite aus die Lokalität des Herrn Vorstehenden Professor Brig angezweifelt worden sei, der in der vorigen Sitzung zum Zweck einer Reise das Haus hätte vorzeitig verlassen müssen, und der auch jetzt dienstlich abwesend sei. Die namentliche Abstimmung ergab die Annahme der Bezirksamtsvorlage gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten. Damit wird also die Kirche auf dieser unangünstigen Stelle errichtet werden, wo sie als Verkehrsbehinderung zu einem dauernden Denkmal ungeschickter Platzwahl werden wird — denn einzig gegen die Platzwahl, nicht gegen den Kirchenbau an sich, der eine Privatangelegenheit der Gustav-Adolf-Gemeinde ist, wandte sich die Stellungnahme der Sozialdemokratie. — Anträge gegen geplante Abholzung von Teilen des Grünwäldes für späteren Häuserbau fanden schnelle Annahme, ebenso ein solcher zur Abstellung des ruhestörenden Lärms in den Abendstunden in der Cauerstraße. Ein Antrag betr. Verbesserung der Charlottenburger Straßensanierung ging in einen Ausschuss, der genaues Material zusammenstellen soll.

11. Bezirk — Schöneberg.

In der letzten Bezirksversammlung am 16. März 1927 wurde der neugewählte Stadtrat Dr. Graff eingeführt. Die sehr kurze Tagesordnung fand mit wenigen Ausnahmen eine schnelle Erledigung. Eine deutschnationale Anfrage betr. Lieferung von Brennmaterialien an städtische Angestellte und Beamte sollte die Mittelstandsfreundlichkeit der Deutschnationalen ins rechte Licht rücken. Kläglich war die Begründung des Stadtverordneten Merkel. Für eine Besprechung waren selbst die Antragsteller nicht zu haben. Wozu diese Komödie? Ein Antrag derselben Partei über Herrichtung der Leichenhalle im August-Viktoria-Krankenhaus machte ihrem Parteifreund, dem Stadtrat Gerttamt, etwas Kopfschmerzen. Genosse Czeminiski stellte fest, daß der deutschnationale Stadtrat Gerttamt schon seit sechs Jahren Gelegenheit hatte, dem Richter abzuwehnen. Anscheinend beschäftigt sich der Stadtrat zuviel mit den angeblichen Sünden des Ansehungsamtes und findet keine Zeit, sich ausreichend um sein Dezernat zu kümmern. Genosse Czeminiski erbat das Bezirksamt um beschleunigte Vorlegung einer Vorlage. Ein von uns eingebrachter Dringlichkeitsantrag auf Einsetzung eines Ausschusses zur Prüfung der von dem deutschnationalen Stadtrat Dr. Gerttamt vorgebrachten Beschwerden über die Berliner Ansehungs-Gesellschaft fand Annahme.

Unsere Kreisdelegiertenversammlung.

12. Kreis — Steglitz.

Am 28. Februar hielt der 12. Kreis seinen diesjährigen ersten Kreisvertretertag ab. Genosse Klose berichtete über die Tätigkeit der Bezirksverordnetenfraktion im verfloffenen Jahr. Als besonders erfreulich bezeichnete er, daß es gelungen sei, die freigewordene besoldete Stadtratsstelle durch einen Sozialdemokraten zu besetzen. Stehen doch den zehn Sitzen unserer Fraktion und drei Kommunisten 34 bürgerliche gegenüber. Wir sind nunmehr im Bezirksamt mit zwei unbesoldeten und einem besoldeten Genossen vertreten. Als zweitstärkste Fraktion haben wir naturgemäß auch den Anspruch auf den stellvertretenden Bezirksverordnetenvorsteher im vorigen wie auch in diesem Jahr geltend gemacht und auch durchgesetzt. Nachdem der Genosse Klose zu den verschiedensten Anträgen unserer Fraktion in der Bezirksversammlung Stellung genommen, insbesondere zu der Frage der Ermittler, die in diesem Bezirk



Die alte
Moslem

Die alte Moslem heißt
Die seit Jahrzehnten best-
bekannteste Konsum-Zigarette!



Moslem
PROBLEM

in neuer
Packung!



In neuer Packung heißt
Die Hülle wurde dem
wertvollen Inhalt angepasst!

Die Kanaldebatte im Reichstag.

Bierländerprotest. — Der Standpunkt der Sozialdemokratie.

Der Reichstag setzte gestern die zweite Lesung des Etats des Reichsverkehrsministeriums fort.

Den Bericht über die Ausführenden gibt Abg. Dr. Quast (Dnat.). Der Ausschuss beantragt die Erhöhung der Mittel zur Förderung des Luftverkehrs von 19,750 Millionen auf 22,005 Millionen Mark, ferner die Streichung von 8 Millionen für die Kanalisierung der Weser von Minden, die Herabsetzung der Ausgaben für den Bau eines Staudekens von 8 auf 6 Millionen, für den Kanalbau östlich Hannover von 40,3 auf 20,3, für den Ohle-Plauer Kanal von 5,3 auf 4,25 Millionen Mark.

Die Länder protestieren.

Preussischer Staatssekretär Dr. Weßmann: Für die an dem Bau des Mittelkanals beteiligten Länder Preußen, Sachsen, Braunschweig und Anhalt habe ich folgende Erklärung abzugeben:

1. Das Reich hat sich durch Staatsvertrag verpflichtet, den Mittelkanal, einschließlich des sogenannten Südlügels, zu bauen. Diese Verpflichtung war die Voraussetzung für die Ueberlassung der Wasserstraßen an das Reich.

2. Das Reich kann dieser Verpflichtung gegenüber nur den einen Einwand erheben, daß es zu ihrer Erfüllung finanziell nicht in der Lage sei.

3. Dieser Einwand kann, insonderheit hinsichtlich des Südlügels nicht erhoben werden in einem Augenblick, in dem für andere Wasserbauten, deren wirtschaftliche Bedeutung sich mit der des Mittelkanals nicht vergleichen läßt, erhebliche Mittel verfügbar sind.

4. In der beantragten Streichung des Südlügels und der die Voraussetzung für die Wasserbeschaffung bildenden Wesertanalisation liegt eine schwere Gefährdung des Mittelkanals in allen seinen Teilen, die in ihrer Gesamtheit ein einheitliches Projekt darstellen.

Damit wird gegen feierlich verbrieftete Vertragsabmachungen verstoßen. Hiergegen erheben die eingangs genannten vier Länder in aller Deutlichkeit Widerspruch.

Abg. Schumann-Frankfurt (Soz.)

weist auf die besondere Bedeutung hin, die die Kanalfragen gewonnen haben. Die Sozialdemokratie ist stets für den großzügigen Ausbau des gesamten Verkehrsnetzes eingetreten, wobei alle beteiligten Faktoren einmütig zusammenwirken müßten, wenn eine Wirtschaftlichkeit gesichert werden sollte. Die von der Reichsbahn betriebene Tarifpolitik würde nicht wirtschaftsfördernd. Es sei auch leider noch kein Ausgleich zwischen den Wasserstraßen- und Bahntarifen erreicht worden. Von der künftigen Tarifpolitik der Reichsbahn werde es abhängen, in welchem Umfange und in welchem Tempo neue Kanäle gebaut werden sollen. Allerdings dürfen keine Kanäle gebaut werden, deren Unrentabilität von vornherein feststeht. Die dafür erforderlichen Mittel sind dann besser für den Ausbau des Eisenbahnnetzes zu verwenden. Die Sozialdemokratie tritt auch für die Regulierung der natürlichen Wasserläufe ein, die fünf Sechstel des gesamten Wasserstraßenverkehrs bewältigen. Wir treten ferner ein für den Ausbau bestehender Kanäle und die Fortführung bereits begonnener Kanalbauten.

Wir bedauern die Herabsetzung der Summen für den Bau des Mittelkanals, weil die Fertigstellung dadurch um Jahre verzögert wird. Wir wandten uns auch aus dem Grunde dagegen, weil das Reich seine Verträge mit den beteiligten Ländern erfüllen muß.

Schwierigkeiten macht die Wasserbeschaffung für diesen Kanal. Das notwendige Wasser soll jetzt durch den Wesertanal beschafft werden, da aber der Ausschuss die Mittel für die Wesertanalisation gestrichen hat, besteht die Gefahr, daß der Mittelkanal bei seiner Fertigstellung nicht das notwendige Wasser hat. Neue Kanalbauten dürfen erst begonnen werden, wenn die Zweckmäßigkeit und Rentabilität vorher genau geprüft worden ist. Für jedes baureife Projekt muß ein besonderer Gesetzentwurf vorgelegt werden.

Wir müssen uns auch mit den Verhältnissen bei der Reichsbahngesellschaft befassen, trotzdem sie streng genommen nicht zu dem Etat gehört.

Die Reichsbahngesellschaft legt die hier geschaffenen, sie betreffenden Gesetze in einer Weise aus, die unseren schärfsten Protest hervorrufen muß.

Ich erinnere an die Tarifpolitik, an die Personalpolitik, an die Lohnpolitik, mit denen wir uns immer wieder beschäftigen müssen. Mit den Rechtsverhältnissen des Eisenbahnpersonals ist es sehr traurig bestellt, eine Einwirkung zugunsten seiner Rechte hat es nicht. Im Verwaltungsrat sitzen weder Vertreter der Beamten noch der Arbeiter, nur Unternehmer werden hier gebildet. Der Personalabbau ist in einem Tempo vorgenommen worden, das die Betriebssicherheit aufs schwerste gefährden muß. Nur die Pflichttreue des Personals verhindert schwere Folgen. Es dürfen nicht Eisenbahnwertpapiere geschlossen werden, nur um der Privatindustrie

Aufträge zuweisen zu können. Dabei werden die Aufträge von den privaten Unternehmern vielfach viel teurer ausgeführt, als die Reichsbahn das selbst kann. Bei 70 Proz. des Personals legt die Verwaltung die Arbeitszeit einseitig fest. Im Bureaudienst müssen 54 Stunden in der Woche geleistet werden. Im Verkehrsdienst werden außerordentlich lange Arbeitszeiten verlangt, die Ruhezeiten sind zu kurz, Beschwerden werden von der Verwaltung nicht beachtet.

Die Folgen dieses Raubbaues an der Arbeitskraft machen sich auch schon bemerkbar. Während am 1. Januar d. J. der Krankenbestand bei den Krankenkassen 3,99 Proz. betrug, machte er bei der Eisenbahn 5,51 Proz. aus. (Hört, hört!)

Lohnerhöhungen können angeblich nur bei Erhöhung der Tarife bewilligt werden. Wir sind aber der Meinung, daß die Mittel dazu da wären, wenn an anderen Stellen sparsamer gewirtschaftet würde. Noch immer wird der „Bahnschuß“, acht Jahre nach Krieg und Revolution unterhalten, noch immer werden für solchen und ähnlichen Müßiggeld ausgegeben. In Stuttgart und anderen Orten veranstaltet der „Bahnschuß“ kostspielige Festschichten. (Hört, hört!)

Auch bei der Reichswasserverwaltung wird die Arbeitszeit übermäßig und tarifwidrig verlängert. Bei der Ausführung von Rosslandsarbeiten werden bis zu 12 Stunden täglich gearbeitet. Wir fordern, daß der Verkehrsminister dagegen einschreitet. Der Kraftverkehr muß erweitert werden. Es sollte auch endlich etwas für die Verkehrswege getan werden, die von den Organisationen der Arbeiter und Unternehmer eingerichtet wurden und sich sehr bewährt haben. Auf dem Gebiete des Straßenwesens sieht es noch sehr trübe aus. Die rechtlichen Verhältnisse sind sehr verwickelt, sie haben bisher den großzügigen Ausbau des Straßennetzes verhindert. Hier muß endlich eine einheitliche Regelung durch geführt werden.

Der Fall Junkers zwingt uns zu der Forderung, daß bei der Hergabe öffentlicher Mittel sorgfältiger als bisher verfahren wird. Hier hat sich ein Korruptionsscheer schlummernd Keim entwickelt. Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Kontrolle der zur Förderung des Luftverkehrs gegebenen Gelder muß verschärft werden, besonders durch den Reichstag. Die Zeitung der „Lufthansa“ ist außerordentlich reaktionär, sie verweigert ihrem Personal die Ausübung der staatsbürgerlichen Rechte, sie weigert sich, Tarifverträge abzuschließen, sie sucht die Organisierung zu verhindern. Diese Gesellschaft bekommt Subventionen vom Reich, das Reich hat also die Pflicht, diese Zustände zu beseitigen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir lehnen Subventionen an das Reederkapital ab, weil die hohen Gewinne der Schiffsahrtsunternehmungen beweisen, daß sie Unterstützungen gar nicht brauchen. Wir fordern, daß bei Verhandlungen über den Ausbau des Schutes auf See auch Vertreter der Seeleute hinzugezogen werden. Der Redner bekräftigt die Wiedereinsetzung der vom Ausschuss gestrichenen 120 000 M. für die Geradlegung der Salmrover Enge. Er schließt mit der Forderung, daß alles getan werden müsse, um das Verkehrsnetzes im Interesse der breiten Massen der Bevölkerung zu fördern. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Lejeune-Jung (Dnat.) wendet sich gegen die Annahme, als ob die Streichungen des Ausschusses auf Kanalverbindungen zurückzuführen sei. Trotzdem das Problem des Mittelkanals noch gar nicht gelöst sei, habe man 8 Millionen mehr bewilligt als im vorigen Jahre. Wenn der Mittelkanal fertiggestellt wäre, ehe die östlichen Wasserstraßen ausgebaut seien, so würde das den wirtschaftlichen Ruin Schlesiens bedeuten. Für den Osten müsse ein großer einheitlicher Verkehrsplan aufgestellt werden, um die Schäden des Mittelkanals für den Osten wieder auszugleichen.

Abg. Giesberts (Z.) erkennt an, daß der Güterverkehr auf der Eisenbahn vervollständigt worden sei, aber diese Tatsache genüge noch nicht, um nimmehr den Bau von Kanälen wieder einzustellen. Bei der Fertigstellung des Mittelkanals müßten die Interessen der oberschlesischen Wirtschaft gewahrt werden. Zwischen der Reichsbahn und der Reichsregierung müsse ein ähnliches Verhältnis hergestellt werden, wie es mit der Reichspost bestehe. Die Beteiligung des Reiches an den Kraftverkehrsgesellschaften müßte allmählich abgebaut werden.

Abg. Dr. Gildemeister (D. Sp.) bedauert, daß die Mittel für die Schiffbarmachung der Weser gestrichen worden seien. Das große deutsche Verkehrsproblem liege nicht in der Richtung vom Ruhrgebiet nach Berlin, wo voraussichtlich Rücktransporte fehlen würden, sondern in der Richtung vom Süden nach Norden in der Zuführung der Güter zur Küste. Es müßte angestrebt werden, daß der Verkehr, der heute notgedrungen nach Rotterdam gehe, in die deutschen Seehäfen abzuliefern.

Abg. Dr. Wieland (Dem.) teilt mit,

daß die versprochene Denkschrift über die Bildung eines Ministeriums der Technik im Kabinett festgeblieben sei, weil die Ressorts uneinig darüber seien. (Hört, hört!)

Der Techniker sei bei uns noch immer der Handlanger des Juristen. Der Redner verlangt von der Regierung einen klaren Plan darüber,

wie sie sich die weitere Verkehrsentwicklung, die Rolle der Eisenbahn, der Wasserstraßen, des Kraft- und Luftverkehrs vorstelle. Wenn das Reich auf den Bau von Kanälen verzichte, so müße es von der Reichsbahngesellschaft Sicherheiten in der Tariffrage erhalten. Die angefangenen Bauten müßten vollendet, die Verträge mit den Ländern innegehalten werden.

Abg. Mollath (Wirtsch. Pgg.) kritisiert gleichfalls die Tarifpolitik der Reichsbahngesellschaft. Die Beteiligung der Reichsbahn an Kraftverkehrsgesellschaften müsse von der Genehmigung des Verkehrsministeriums abhängig gemacht werden.

Abg. Dauer (Bayern. Sp.) weist auf den traurigen Zustand der Landstraßen hin, besonders in Bayern. Angesichts der ungünstigen Finanzlage der Länder müsse hier das Reich mit erheblichen Mitteln helfend eingreifen, sonst sei eine Verkehrsstaatskatastrophe unvermeidlich. Die Bayerische Volkspartei sei nicht Gegner der Kanäle, aber jetzt sei mit Rücksicht auf die Finanzlage eine äußerst vorsichtige Kanalbaupolitik am Platze.

Abg. Henning (Döl.) fordert Kanalbauten, selbst wenn das Reich dabei zusehen müßte.

Abg. Krenzer (Komm.) wendet sich gegen die vom Ausschuss beschlossenen Abstriche bei den Kanalbauprojekten.

Um 7½ Uhr wird die Weiterberatung auf Freitag, 1 Uhr, vertagt.

Sparkommissar und Reichstag.

Annahme einer sozialdemokratischen Entschließung.

In der Donnerstagsitzung des Ausschusses für den Reichshaushalt wurde u. a. über die Stellung verhandelt, die der Reichspar-kommissar fortan haben solle. Der Präsident des Rechnungshofs des Deutschen Reichs läßt zurzeit in nebenamtlicher Tätigkeit, für die eine besondere Vergütung nicht gezahlt wird, das Amt des Reichsparkommissars aus. Die Kosten seines Bureaus waren für das Rechnungsjahr 1924 mit 873 000 M., für die Rechnungsjahre 1925 und 1926 mit je 202 000 M. im Haushalt des Reichsfinanzministeriums als einmalige Ausgaben bewilligt worden. Sie sollen jetzt in Rücksicht auf die hauptamtliche Tätigkeit des Reichsparkommissars im Haushalt des Rechnungshofs ausgedrückt werden und zwar unter den fortdauernden Ausgaben, weil die Einrichtung voraussichtlich noch mehrere Jahre bestehen wird und die Notwendigkeit sich gezeigt hat, das Spardureau zu erweitern. Es sei auch als großer Uebelstand empfunden worden, daß aktive Beamte im Spardureau nur kommissarisch verwendet werden können. Hierunter leide die Steifigkeit der Arbeit. Auch müsse den Beamten, die mit wichtigen Daueraufgaben betraut werden sollten, eine weitgehende Unabhängigkeit gesichert werden. Ende 1926 ist die Mitwirkung des Reichsparkommissars bei der Tätigkeit des Reichsfinanzministeriums neu geordnet worden, indem das Kabinett genaue Richtlinien über seine Aufgaben und die Art seiner Tätigkeit beschloß.

Genosse Steinkopf begründete eine sozialdemokratische Entschließung, die selbständigere und größere Stellung des Reichsparkommissars in seinem Verhältnis zum Parlament verlangt. Nach dieser Richtung sollten die Richtlinien für die Tätigkeit des Reichsparkommissars ergänzt werden. So sollten beispielsweise die Gutachten, die der Reichsparkommissar der Reichsregierung erteilt, auf Verlangen auch dem Reichstag zugänglich gemacht werden. Außerdem sollte der Reichsparkommissar ermächtigt und verpflichtet sein, vor dem Reichstag über seine Gutachten uneingeschränkt zu äußern und Fragen zu beantworten.

Die sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. Richter und Dr. Gerner sprachen sich im ähnlichen Sinne aus. Staatssekretär Dr. Poppi erklärte, daß auch er der Ansicht sei, daß ein vertrauensvolles Zusammenarbeiten zwischen Reichsregierung und Reichsparkommissar zur fruchtbringenden Erzielung aller Spar- und Vereinfachungsmaßnahmen notwendig sei. Zum gegenwärtigen Reichsparkommissar habe die Reichsregierung volles Vertrauen und es bestעה zwischen ihm und der Reichsregierung keinerlei Gegenstände. Vom Standpunkte der Reichsregierung sei es nur zu billigen, wenn dem Reichsparkommissar eine größere Beweglichkeit zur Erfüllung seiner Obliegenheiten gemährt werde.

Nach längerer Debatte wurde ein Antrag angenommen, worin der Reichsparkommissar ersucht wird, neben dem persönlichen auch die sachlichen Anforderungen der Reichsministerien und ihrer nachgeordneten Behörden auf ihre Notwendigkeit hin so rechtzeitig zu prüfen, daß die Ergebnisse bereits für die Beratung des Reichshaushalts 1928 vorliegen. Ferner soll der Reichsparkommissar die Reichsministerien auch dahin durchprüfen, ob und in welchem Umfang Arbeitsgebiete, die zurzeit in den Ministerien bearbeitet werden, auf nachgeordnete Behörden und Dienststellen übertragen und nur in einem Ministerium bearbeitet werden könnten.

Schließlich wurde die vom Genossen Steinkopf begründete sozialdemokratische Entschließung angenommen.

Musikaufträge übergibt man nur dem Anwalt des Deutschen Musikerverbandes, Berlin, Kommandantenstr. 63/64. (Eingang 2277-78. Geschäftszeit 9-5, Sonntags 10-2 Uhr. Auf Wunsch: Vertreterschluss.)

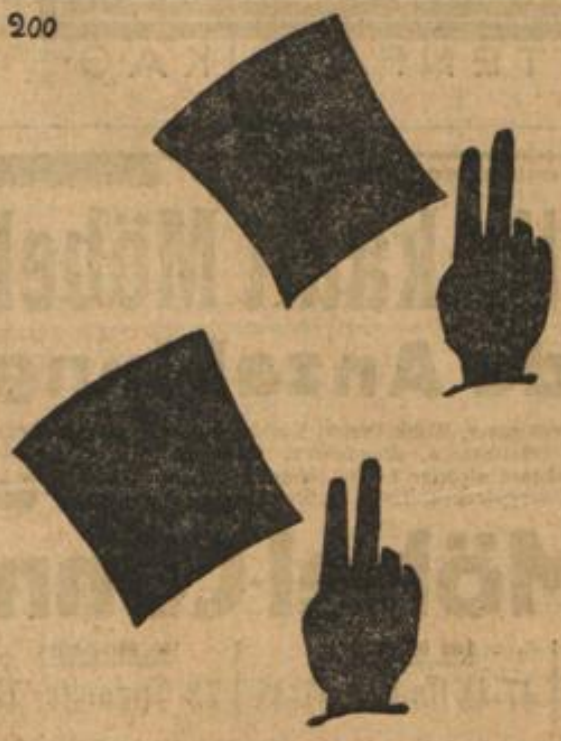
Wir garantieren:

Unsere neuen Mischungen

GOLD-SABA-4

enthalten nur Tabake der neuesten Ernte, frisch manipuliert
Diese Ernte vereinigt wie keine frühere
leichte, bekömmliche Qualität mit blumigem Aroma
und glattem weissen Brand

GARBÁTY



Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einfindungen für diese Rubrik sind stets an das Parteisekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 1, 1. Hof, 2. Trepp. rechts, zu richten.

2. Kreis Kiergärten. Heute, Freitag, 25. März, 7 Uhr, bei Reiter, Puffstraße 10, Sitzung des Parteikommissionen. Abgang um 8 Uhr bei Reiter, Puffstraße 10. Sitzung des Parteikommissionen. Die Parteikommissionen sind eingeladen.

3. Kreis Wedding. Sonnabend, 26. März, 7 Uhr, in den Pflanzgarten, Puffstraße 10, Sitzung des Parteikommissionen. Abgang um 8 Uhr bei Reiter, Puffstraße 10. Sitzung des Parteikommissionen. Die Parteikommissionen sind eingeladen.

7. Kreis Charlottenburg. Freitag, 25. März, 7 1/2 Uhr, im Kurfürstendamm, Puffstraße 10, Sitzung des Parteikommissionen. Abgang um 8 Uhr bei Reiter, Puffstraße 10. Sitzung des Parteikommissionen. Die Parteikommissionen sind eingeladen.

14. Kreis Prenzlauer Berg. Donnerstag, 24. März, 7 1/2 Uhr, bei Stadtmann, Puffstraße 10, Sitzung des Parteikommissionen. Abgang um 8 Uhr bei Reiter, Puffstraße 10. Sitzung des Parteikommissionen. Die Parteikommissionen sind eingeladen.

18. Kreis Mitte. Freitag, 25. März, 7 1/2 Uhr, im Kurfürstendamm, Puffstraße 10, Sitzung des Parteikommissionen. Abgang um 8 Uhr bei Reiter, Puffstraße 10. Sitzung des Parteikommissionen. Die Parteikommissionen sind eingeladen.

22. Kreis Tempelhof. Freitag, 25. März, 7 1/2 Uhr, im Kurfürstendamm, Puffstraße 10, Sitzung des Parteikommissionen. Abgang um 8 Uhr bei Reiter, Puffstraße 10. Sitzung des Parteikommissionen. Die Parteikommissionen sind eingeladen.

24. Kreis Prenzlauer Berg. Freitag, 25. März, 7 1/2 Uhr, im Kurfürstendamm, Puffstraße 10, Sitzung des Parteikommissionen. Abgang um 8 Uhr bei Reiter, Puffstraße 10. Sitzung des Parteikommissionen. Die Parteikommissionen sind eingeladen.

26. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 27. März, 7 1/2 Uhr, im Kurfürstendamm, Puffstraße 10, Sitzung des Parteikommissionen. Abgang um 8 Uhr bei Reiter, Puffstraße 10. Sitzung des Parteikommissionen. Die Parteikommissionen sind eingeladen.

28. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 27. März, 7 1/2 Uhr, im Kurfürstendamm, Puffstraße 10, Sitzung des Parteikommissionen. Abgang um 8 Uhr bei Reiter, Puffstraße 10. Sitzung des Parteikommissionen. Die Parteikommissionen sind eingeladen.

30. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 27. März, 7 1/2 Uhr, im Kurfürstendamm, Puffstraße 10, Sitzung des Parteikommissionen. Abgang um 8 Uhr bei Reiter, Puffstraße 10. Sitzung des Parteikommissionen. Die Parteikommissionen sind eingeladen.

32. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 27. März, 7 1/2 Uhr, im Kurfürstendamm, Puffstraße 10, Sitzung des Parteikommissionen. Abgang um 8 Uhr bei Reiter, Puffstraße 10. Sitzung des Parteikommissionen. Die Parteikommissionen sind eingeladen.

34. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 27. März, 7 1/2 Uhr, im Kurfürstendamm, Puffstraße 10, Sitzung des Parteikommissionen. Abgang um 8 Uhr bei Reiter, Puffstraße 10. Sitzung des Parteikommissionen. Die Parteikommissionen sind eingeladen.

36. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 27. März, 7 1/2 Uhr, im Kurfürstendamm, Puffstraße 10, Sitzung des Parteikommissionen. Abgang um 8 Uhr bei Reiter, Puffstraße 10. Sitzung des Parteikommissionen. Die Parteikommissionen sind eingeladen.

38. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 27. März, 7 1/2 Uhr, im Kurfürstendamm, Puffstraße 10, Sitzung des Parteikommissionen. Abgang um 8 Uhr bei Reiter, Puffstraße 10. Sitzung des Parteikommissionen. Die Parteikommissionen sind eingeladen.

40. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 27. März, 7 1/2 Uhr, im Kurfürstendamm, Puffstraße 10, Sitzung des Parteikommissionen. Abgang um 8 Uhr bei Reiter, Puffstraße 10. Sitzung des Parteikommissionen. Die Parteikommissionen sind eingeladen.

42. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 27. März, 7 1/2 Uhr, im Kurfürstendamm, Puffstraße 10, Sitzung des Parteikommissionen. Abgang um 8 Uhr bei Reiter, Puffstraße 10. Sitzung des Parteikommissionen. Die Parteikommissionen sind eingeladen.

44. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 27. März, 7 1/2 Uhr, im Kurfürstendamm, Puffstraße 10, Sitzung des Parteikommissionen. Abgang um 8 Uhr bei Reiter, Puffstraße 10. Sitzung des Parteikommissionen. Die Parteikommissionen sind eingeladen.

46. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 27. März, 7 1/2 Uhr, im Kurfürstendamm, Puffstraße 10, Sitzung des Parteikommissionen. Abgang um 8 Uhr bei Reiter, Puffstraße 10. Sitzung des Parteikommissionen. Die Parteikommissionen sind eingeladen.

48. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 27. März, 7 1/2 Uhr, im Kurfürstendamm, Puffstraße 10, Sitzung des Parteikommissionen. Abgang um 8 Uhr bei Reiter, Puffstraße 10. Sitzung des Parteikommissionen. Die Parteikommissionen sind eingeladen.

50. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 27. März, 7 1/2 Uhr, im Kurfürstendamm, Puffstraße 10, Sitzung des Parteikommissionen. Abgang um 8 Uhr bei Reiter, Puffstraße 10. Sitzung des Parteikommissionen. Die Parteikommissionen sind eingeladen.

52. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 27. März, 7 1/2 Uhr, im Kurfürstendamm, Puffstraße 10, Sitzung des Parteikommissionen. Abgang um 8 Uhr bei Reiter, Puffstraße 10. Sitzung des Parteikommissionen. Die Parteikommissionen sind eingeladen.

54. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 27. März, 7 1/2 Uhr, im Kurfürstendamm, Puffstraße 10, Sitzung des Parteikommissionen. Abgang um 8 Uhr bei Reiter, Puffstraße 10. Sitzung des Parteikommissionen. Die Parteikommissionen sind eingeladen.

56. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 27. März, 7 1/2 Uhr, im Kurfürstendamm, Puffstraße 10, Sitzung des Parteikommissionen. Abgang um 8 Uhr bei Reiter, Puffstraße 10. Sitzung des Parteikommissionen. Die Parteikommissionen sind eingeladen.

58. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 27. März, 7 1/2 Uhr, im Kurfürstendamm, Puffstraße 10, Sitzung des Parteikommissionen. Abgang um 8 Uhr bei Reiter, Puffstraße 10. Sitzung des Parteikommissionen. Die Parteikommissionen sind eingeladen.

60. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 27. März, 7 1/2 Uhr, im Kurfürstendamm, Puffstraße 10, Sitzung des Parteikommissionen. Abgang um 8 Uhr bei Reiter, Puffstraße 10. Sitzung des Parteikommissionen. Die Parteikommissionen sind eingeladen.

62. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 27. März, 7 1/2 Uhr, im Kurfürstendamm, Puffstraße 10, Sitzung des Parteikommissionen. Abgang um 8 Uhr bei Reiter, Puffstraße 10. Sitzung des Parteikommissionen. Die Parteikommissionen sind eingeladen.

64. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 27. März, 7 1/2 Uhr, im Kurfürstendamm, Puffstraße 10, Sitzung des Parteikommissionen. Abgang um 8 Uhr bei Reiter, Puffstraße 10. Sitzung des Parteikommissionen. Die Parteikommissionen sind eingeladen.

66. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 27. März, 7 1/2 Uhr, im Kurfürstendamm, Puffstraße 10, Sitzung des Parteikommissionen. Abgang um 8 Uhr bei Reiter, Puffstraße 10. Sitzung des Parteikommissionen. Die Parteikommissionen sind eingeladen.

68. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 27. März, 7 1/2 Uhr, im Kurfürstendamm, Puffstraße 10, Sitzung des Parteikommissionen. Abgang um 8 Uhr bei Reiter, Puffstraße 10. Sitzung des Parteikommissionen. Die Parteikommissionen sind eingeladen.

70. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 27. März, 7 1/2 Uhr, im Kurfürstendamm, Puffstraße 10, Sitzung des Parteikommissionen. Abgang um 8 Uhr bei Reiter, Puffstraße 10. Sitzung des Parteikommissionen. Die Parteikommissionen sind eingeladen.

27. März. 3 Uhr wichtige Sitzung des Vorstandes und der Kommissoren bei Sievers, Rosenburger Str. 42.

28. März. 6 1/2 Uhr Besprechung sämtlicher Parteiführer bei Reiter, Puffstraße 10. Alle Parteiführer müssen unbedingt teilnehmen.

27. März. Schöneberg. Nachmittags 4 1/2 Uhr wird die Höhe unseres Genossen Göttsche auf dem Friedrichshagen Höhe befestigt. Treffpunkt nachmittags 4 1/2 Uhr vor dem Eingang zum Friedrichshagen.

Sonntag, 27. März:

1. St. Beschäftigung des Gewerks in Regel. Treffpunkt nachmittags 10 Uhr vor dem Hauptportal.

2. St. Wilmersdorf. Nachmittags 9 Uhr von Anders, Potsdamer Str. 53, wichtige Flugblätterverbreitung.

3. St. Neukölln. In allen Parteien Flugblätterverbreitung zum Freitag. Die Parteiführer haben sich die Flugblätter am Sonnabend, 26. März, nachmittags zwischen 4 und 6 Uhr, von der Expedition Friedrichshagen abholen lassen.

Jungsozialisten. Heute, Freitag, 25. März:

Gruppe Mitte: 8 Uhr in der Schule Gipsstr. 23a Aussprache: „Energiefragen“. Leiter: Werner Reiter. — Gruppe Wedding-Gesundbrunn: 7 1/2 Uhr im Jugendheim des Ledigenheims am Brunnenpflanz, Eingang Dethlefs, 10, Laden, Portrat: Die festlichen Grundfragen des Humors und Humors in der Dichtung. Referent: Genosse Dethlefs. Wichtiges Ergebnis ist unbedingt erforderlich.

Jungsozialisten. Morgen, Sonnabend, 26. März:

Gruppe Kiergärten: 8 Uhr im Jugendheim Bremer Gde Wilmersdorf, Zimmer 6, Dönhofsplatz. — Achtung! Der Vortrag des Genossen Dethlefs über den Kampf mit dem Faschismus, findet am Sonntag, 27. März, abends 7 Uhr, in der Aula des Friedrich-Wilhelm-Gymnasiums, Kochstr. 12, statt.

Jungsozialisten. Sonntag, 27. März:

Gruppe Tempelhof-Rosenthal: Fahrt nach dem Bärensee. Treffpunkt morgens 7 Uhr Bahnhof Tempelhof. Anschließend Beteiligung an der Gesamtkonferenz.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde:

Reuhaus: Heute, Freitag, 25. März, 7 1/2 Uhr, in der Baracke Gunglhofstraße Zusammenkunft.

Jugendwohlfahrtskonferenz.

Die für heute, Freitag abend, angelegte Aussprache über „Berliner Jugendpflege und -fürsorge“ wird verlegt auf Freitag, den 3. April nach Saal 109 des Rathauses. Das Kommunale Sekretariat.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

28. März. Die Einäscherung unseres verunglückten Genossen Ernst Steinhauser findet am Sonnabend, 26. März, nachmittags 3 Uhr, im Krematorium Baumhaldenweg statt. Wir bitten um erfr. rege Beteiligung.

Sport.

Rennen zu Mariendorf am Donnerstag, dem 24. März.

1. Rennen. 1. Cirano (B. Dethlefs), 2. Lunaria (Großmann), 3. Propeller (H. Köhler). Toto: 16:10. Platz: 13, 19, 27:10. Ferner liefen: Grahmogh, Kusantern B., Schüler Jeddy, Oma Dethlefs, Baron Gähler, Ardebeard, Einflut, Kletterer, Einflut, Ledeborn, Liebestraum, Dalia, Delina, Lubwig.

2. Rennen. 1. Telet (H. Ringius), 2. Diana B. (H. Köhler), 3. Dina B. (H. Köhler). Toto: 44:10. Platz: 18, 21:10. Ferner liefen: Lubera, Langemann, Good Boy, Sonnensprung, Luise B., Anfried, Remus, Landstreicher.

3. Rennen. 1. Usalie (H. Köhler), 2. Campanula (W. Köhler), 3. Weilerfreude (H. Köhler). Toto: 23:10. Platz: 13, 18, 44:10. Ferner liefen: Sabana, Jung Quackel, Kroschel, Edahelein, Weilerfreude, Schmuskei, Lux, Nofant, Kibener, Max Dethlefs, Baron Reum.

4. Rennen. 1. Kubi (Großmann), 2. Billa K. (Rauh), 3. Königsdorfer (H. Köhler). Toto: 117:10. Platz: 13, 11, 19:10. Ferner liefen: Krs. Bolworth, Jeanette, Corana Ne. Rimeh, Wanganara, Cora, Kapellmeister.

5. Rennen. 1. Louisa (H. Köhler), 2. Ida Galos (H. Köhler), 3. Wagner (H. Köhler). Toto: 12:10. Platz: 11, 19, 14:10. Ferner liefen: Fredegar, Dantelena, Wilmann, Ration, B. G. Kollmer.

6. Rennen. 1. Margot (H. Köhler), 2. Eudan (H. Köhler), 3. Trotteur (H. Köhler). Toto: 60:10. Platz: 18, 14, 22:10. Ferner liefen: Tompoff I, Baron Wroth, Chant, Gadic Wroth, Jean Borth, Barometer, Progress, Aligold, Antaresant.

7. Rennen. 1. Helene (H. Köhler), 2. Lindorfer (H. Köhler), 3. Gaudhert (H. Köhler). Toto: 91:10. Platz: 18, 18, 23:10. Ferner liefen: Nantia, Gdfein, Gaudhert Gloria, Waidmayer I, Gdfein, Dina, Solome, Offi, Maria, Freideiler, Reiter B., Weinbrand.

8. Rennen. 1. Ellen (H. Köhler), 2. Kinsolig (H. Köhler), 3. Rindler (H. Köhler). Toto: 124:10. Platz: 20, 166, 33:10. Ferner liefen: Lubwig R., Katharina, Ledmann, We B. I., Hofmeisterin B., Kadiola, Benedikt, Indianer, Antaresant, Coriolanus.

Inflationsgeschädigte aller Art!

Heraus zum Massenprotest!!

Montag, den 28. März, abends 8 Uhr, im „Sportpalast“

Redner:

Betriebsanwalt G. Wintler, Leipzig

Bericht über die Generalversammlung der Reichsbank. — Der Ausgang des Kampfes gegen die Reichsbank bedeutet den Schlüssel zur Anwertung.

Erscheint in Massen!

Unsere Bewegung umfaßt heute mit Angehörigen 10 Millionen ehrlicher Deutscher aller Klassen.

Zur Deckung der hohen Unkosten müssen leider nochmals 30 Pf. Eintritt erhoben werden.

Deutscher Volksbund „Wahrheit und Recht“

Kundendienst: G. Wintler, Leipzig.

Auch bei alten Gallensteinen, Leberleiden, Gallenblasenentzündung, Gelbsucht, Magen- und Darmkrämpfen, Erschlaffung, Sichte und Rheumatismus, Nierensteinen, Nierenleiden, Blasenleiden, Blasenkatarrh, Stuhlverstopfung, Hämorrhoiden, Zuckerkrankheit, inneren Entzündungen, Nerven- und Herzkrankheiten, Kopfschmerz, Schlaflosigkeit, Schwindel, Grippe, Anschwellungen, Lungenleiden versagen wir über wertvolle und viele bewährte Dankschreiben, sowie ärztliche Gutachten, die nur der Wirkung des

Stern-Engel-Tees

zu verdanken sind. Stern-Engel-Tee sind giftfreie, wirksame Darm- und Ausscheidungsmittel, patentantlich geschützt und nur in Apotheken erhältlich, wo nicht vorräthig, durch unsere Versand-Apothek zu beziehen.

Ärztlich erprobt und empfohlen

Drogerie und Beweismaterial gratis durch den Stern-Engel-Tee-Großvertrieb, Bad Schandau a. Elbe

Lebenslängliche Garantie

leiste ich als Selbsthersteller auf die bei mir gekauften

Trauringe

(Fugenlos)

zu billigsten Preisen in den gediegensten Ausführungen

11 Stünde ca. 3000 St. auf Lasser

Get. geschützt Preisliste gratis

Hermann Wiese, Berlin K. 24, Artilleriestr. 39 W. Passauer Straße 12

Auf Teilzahlung Herren-, Damen-Garderobe Anzüge, Gummi-Mäntel, Kleider

MÖBEL bis 18 Monatsraten

Schlaf-, Speise-, Herrenzimmer, Küchen, Einzeilmöbel, Federbetten

Aniel Gr. Frankfurter Str. 34 (Strausberger Platz).

Sie erhalten alles mit 1/6 Anzahlung und 35 Wochenraten

Der gewaltige Umbau ist beendet. Das Neueste in Herren- Ulster Sport-Paletots Gummi-Mäntel Eleg. Anzüge

Sport-Anzüge, auch mit 2 Hosenträgern, Burschen-, Kinder-Anzüge

Damen-Mäntel Kostüme Komplets Strickwesten

Möbel-Einrichtungen Einzelne Möbel Gardinen, Teppiche

Damitt Rosenthalerstr. 46-47

Vom 23. März 1927 (nach dem Tod meines Vaters, schwerem Gelder mein Vater Karl Müller, unter guter Mutter, Bruder Schwager, Onkel und Schwiegerohn, der Geschäftsführer)

Karl Müller

im Alter von 50 Jahren. Dies selbsterklärt an im Namen der mauernden Hinterbliebenen

Frau Rosa Müller geb. Mühlhagen, Berlin S 14, Mauerstraße 88

Einfindung: Sonntag, 28. März, vorm. 11 Uhr, im Rom. Gerichtshof.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Sonntag, den 27. März, nachmittags 9 1/2 Uhr, im Sitzungssaal des Verbandshauses, Clichéstr. 83-85:

Branchenversammlung der Metall-, Blei-, Draht-, Papierrohrarbeiterinnen- und -arbeiter.

Tagesordnung: 1. Jahresbericht, 2. Kassendbericht, 3. Neuwahl der Branchenkommision, 4. Bericht des Referenten.

Ohne Mitgliedsbuch, mit einem drei abigen Besuche versehen, kein Zutritt

Montag, den 28. März, abends 8 Uhr, im Rosenhofhof Hof (großer Saal), Rosenhofhof Hof (großer Saal), 11:17:

Vollversammlung der Auto-, Motor- und Reparaturarbeiter.

Tagesordnung: 1. Sitzungsnahme zum neuen Rahmen- und Lohnabkommen, 2. Das Einfinden aller Kollegen in Pflicht, 3. Die Ortsverwaltung.

Riesenbrille

30 u. 60 Pf. Viele Scherz-Neuheiten! Mützen Dutzend von 20 Pf. an. Alle Fast- und Vereins-Arbel sehr billig

Markgrafenstraße 84 an der Lindenstraße

Zur Einsegnung!

Taschen- Uhren Armband- für Damen und Herren in Gold und Silber, gute Schweizer Fabrikate, gegen

12 Monatsraten verkauft

„Radiog“ Berlin W 50, Kurfürstendamm 17 Bismarck 4273-4275

SLEIPNER

Die sorgfältige Tabakaustese erklärt die stets gleichbleibende Güte, die rationelle Produktion den niederen Preis

der

SLEIPNER 5PF

Sie ist die Standardmarke der deutschen Cigaretten Industrie.

A BATSCHARI

CIGARETTENFABRIKA G.

Ganz Berlin kauft Möbel ohne jede Anzahlung

Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, Wohnzimmer, Küchen in Weiß, lackiert, Birke, Korbmöbel, Sofas, Ruhebetten, Klüßgarnituren, Standuhren, Flurgarderoben, Metallbettstellen in bester Ausführung: bekannt niedrige Preise, ohne besondere Zinsberechnung

Teppiche, Gardinen, Stores, Steppdecken, Tisch- u. Diwanddecken, Federbetten

bei Möbel-Cohn

im Osten: Gr. Frankfurter Str. 58

im Norden: 47-48 Badstr. 47-48

in Moabit: 73 Turmstr. 73

Selbst bei dem kleinsten Wochenlohn — bekommt man schon Kredit bei Cohn!

Fügung.

Von Elsa Maria Bud.

Hugo Hingmann hatte nicht lange überlegt, ob Leben oder Bestorbensein besser ist, als er seinen Freund an der Ecke verabschiedete. Der hatte immer Zeit, lebte sein Dasein mit lauter Randbemerkungen dahin, und solch eine war auch die zwischen Bergplatz und Romanischem Café aufgestellte Behauptung, im Zustande des Bestorbenseins hätte man die weitaus größeren Aussichten, vorwärtszukommen, wie lebend, wenn man noch dazu an das fiedrige Geschwür einer Weltstadt gebunden sei.

Hugo Hingmann ließ die Reden hinfallen, wo alle Reden enden — ins schnelle Vergessen. Er handelte mit Bindfaden en gros, und mit dieser Ware war ihm, wie er zu sagen pflegte, der Nero der Wirtschaft in die Hand gegeben.

Der Bindfaden zeigte als solcher in seinen durchaus kräftigen Händen an, ob die Wirtschaft blühte, stillstand oder zurückging. Schlechte Wirtschaftslage bedingte Rückgang der Kaufkraft, also weniger Pakete, die gepackt wurden, also weniger Bindfaden — und umgekehrt. Wenn die Geschäfte auch versuchten, Käufer an Stricken zu sich heranzuziehen, so wurden diese Laue doch aus andern Stoffe als Hanf gedreht. Mussi, Sonderausstellungen, Mannequins, Jazz — — — ja, aber er mußte auf solche Mittel verzichten.

Eine Bindfadenausstellung lockte keinen Hund, und wenn selbst entzückende Mädchen Probepakete packen würden, wer sähe auf anderes, als auf die Hände?

Außerdem würde seine Frau Martha Einwendungen machen. Hingmann ging zu keinem Stammtisch, wo fast- und fettgeschwollene Schweinschägen mit öl-schwerem echten Bier die Stimmung hoben. An Bestorbensein dachte er hier noch viel weniger. Doch der Tod kommt auch am Stammtische. Dies erfuhren seine Freunde, als Hingmann sein Vit-Ais nicht mehr auf den Tisch schmeckte, sondern saßt fallen ließ.

Frau Martha Hingmann, kinderlos, grüßte mit dem Gesicht eine Weile und zog sich hinter Trauertrepp zurück. Dem Bier sagte sie unerbittliche Feindschaft an; sie trank es nicht gern; Brauerei-Aktien verkaufte sie. Freundinnen führten sie einem Kreise zu, in dem Geisterfahrungen abgehalten wurden; dort sollte es ihr möglich sein, ihren hugo herbeizurufen und ihm alles das zu sagen, was sein schnelles Ende sie verhindert hatte, in warmen, erziehlische Worte zu bringen. Erziehung war ihre große Leidenschaft, die so ganz ins Leere verpuffte. Sie erzog die Verkäuferinnen in den Läden, die Passagiere in der Straßenbahn, die Köchler, Dienstmädchen, Boten, Schleppträger, Portiers.

Dementisprechend war die Zahl ihrer Freunde gering.

An Hugo war auch alle Erziehungslust verloren gewesen, wie sein Ende leider erwies. Nun war es schwer, sich nur selber sagen zu können, daß man recht gehabt hätte. — Die Seancen der Geister bei verdunkeltem Raum, einem Kreise Hand an Hand geschlossener Menschen, meist weiblichen Geschlechts, ihre geheimnisvolle, bis zur Schwüle gesteigerte Stimmung, waren für Frau Martha das richtige Lebenselixier. Der Gegensatz brachte zum Bewußtsein, wie lebendig man war. Von Schauern süßen Grausens überhastet, hörte man Geisterworte, die alle eine fast priesterliche Lösung aufwiesen, wie wenn das Jenseits seine Scharen auf Predigerstühle schickte. Wenige Worte, gehaucht mehr, denn gesprochen; aber man sah einen fahlen Gesichtsausdruck, grünlich phosphoreszierend, und sah oder ahnte ein Geisterantlitz. Nachher meinten die Frauen, küßten sich, versicherten sich gegenseitig, daß der Selbige deutlich und unverändert auf sie zugeschwebt sei, kein Zweifel käme daran hin. Und später gingen sie noch in eine Konditorei.

Frau Hingmann hatte einige Sorgen außerdem; aus behaglichem Leben heraus mußte sie Hugos „Nerven der Wirtschaft“ in die Hand nehmen und sich um deren Funktion bekümmern. Da sah sie, daß auch solche Nerven ihre Launen hatten. Je mehr es damit haperte, um so stärkere Nerven bekam sie; Migräne, früher die unmittlere Folge von Hugos nächtlichem Ausbleiben, verschwand ganz. Und als das Geschäft wieder ein bisschen in Gang kam, wurde sie sogar riefenhaft gesund.

Sie würde wohl aus Zeitgründen die Zitterung ihres Mannes unterlassen haben, wären nicht die Freundinnen gewesen, die sie nicht entäußern wollte. So geschah denn eines Abends Hugos Anruf in Schweifertreibender Sitzung.

Früher, als er noch lebte, ja, da konnte sie lange rufen, ehe er kam. Jetzt, nach dem Tode, erschien er schnell und schwebend. Sie sagte schluchzend: „Hugo, bist du mit mir zufrieden?“ Und er klopfte „Ja“ zur Antwort. Dann kamen Geschäftsfragen. Dann ein Geistesflüster: „Soll ich immer allein bleiben?“ Worauf die Antwort energisch „Nein“ lautete.

Die Nachbarin, die zu allen Dingen sagte, daß sie „süß“ seien — sie war etwas zuckerkrank — bekam in diesem aufregenden Moment das Schlucken und riß sich aus dem Kreise und Zimmer los. Dadurch entschwand der empfindliche Geist. Errogung machte sich der Störerin gegenüber in Worten Luft, die diese ausnahmsweise nicht süß finden konnte.

Wenige Sitzungen später gehörte ein neuer Herr in geistlichem Alter und unterlehrtigstem Alter dem geisterritzenden Kreise an. Er sah neben Martha Hingmann; seine behagliche Lage hielt die ihre ruhevoll fest. Vertrauen floß von Hand zu Hand; je länger, je herzhafter.

Die Sitzung wollte an jenem Abend nicht klappen. Die Geister waren misstrauisch oder abgelenkt. Das männliche Medium erklärte, die Geister seien da, aber sie wollten nicht reden, sie fühlten etwas Störendes.

Frau Martha meinte nachher, daß Selbige wohl von ganz anderen Empfindungen regiert wären; sie hätte so stundenlang in stärkster Sammlung sitzen können.

Ihr Nachbar gestand, daß nach seiner Auffassung der schönste Tod nichts gegen ein selbst miserables Leben sei. Und dann erbot er sich, die städtische Wittib nach Haus zu geleiten; hatte nur noch eine kurze, von Schulterklopfen und Gelächter begleitete Unterredung mit dem Bestattler der Seance.

Vor dem Haustor erwies sich, daß der Mann mit den sympathischen Händen ein Auto besaß, dessen Fahrer torbald — beinahe auch mit Schulterklopfen — die lachgepolsterte Tür für seinen Herrn aufriß. Degebrodt, so hieß der Geleiter Frau Marthas, suchte nun während der Fahrt ein neutrales Gespräch, wozu ihm der eigene Wagen trefflich diente.

Was das kostete! Was solch ein Wagen an Betriebsstoff, Reparaturen, Chausseugehalt verschlang! Als ob man sich einen Wassifisch statt eines Autos angeschafft habe. Nicht gut zu machen! Er meinte beinahe, Frau Martha wolle schon nach der gediegenen Ledertasche greifen, und ihm eine kleine Unterstützung in

Durchgefallen!



Prof. Anshütz: „Kandidat v. Reudell, Ihre staatsrechtliche Arbeit muß ich Ihnen als „völlig ungenügend“ zurückgeben.“

die Hand drücken. Aber er fand nun eine Schwenkung zu helleren Dingen — — —

Er kam eines Nachmittags auch zufällig am Hingmannschen Engrosgehalt vorbei, wurde in die städtischen Lagerräume geleitet und erfuhr eine Belehrung über die Bindfadenvorrichtungen, die über Deutschland, Schweden, Schweiz und weiterhin mittels des Hingmannschen Geschäftes bestanden. Frau Martha zeigte dazu eine neueste Kellamarte — ihre Idee: der Globus, von solidem Bindfadennetz umspannt, dessen Schlinge am Turmknopf des Geschäftshauses Hingmann befestigt war. Degebrodt war entzückt, wollte nur wissen, ob denn diese riesige Haus ihr Eigentum sei. Als sie verneinte, wiegte er den Kopf. Fachte sich aber und meinte mit ganz gartem Schulterklopfen, daß solch Geschäft doch einen Mann brauche; tatkräftig, umsichtig, mit Ideen begabt — wenn möglich, auch ein Auto dabei.

Frau Martha wollte das bedenken. Sie lachte und sah beinahe dreißigjährig aus, von Heiterkeit über die Trauer hinweggeleitet.

Von Geistern und ihrer Bemühung um Irdische wurde nicht gesprochen. Auch künftighin nicht; denn beide fanden, daß es passender sei, die Toten ruhen zu lassen.

So kam es, daß der spiritistische Kreis um zwei Teilnehmer ärmer wurde. Hingmann, der Selbige, bekam eine Granitplatte aufs Grab gelegt; Frau Martha dachte an die Notwendigkeit, hier nicht sparsam zu sein, wo es Aeonen galt.

Als sie mit Degebrodt zur standesamtlichen Anmeldung eines geplanten Ehebundes schritt, sagte sie im Wagen küssend an seinem Ohr, daß Hugo der Erste es selber zu wollen scheine, so wenigstens nähme sie die Fügung auf, daß sie in einer Geisterföhrung ihn gefunden. — — —

Auch als sie späterhin die Widmung eines Gehpelzes an den Leiter der spiritistischen Abende erfuhr, weil eine Rechnung zur Unzeit präsentiert wurde, blieb sie bei ihrem zufriedensmachenden Glauben.

Yoshiwaras Ende.

In einem vielgepielten Lustspiel dieses Winters folgt der Zuschauer einem modernen jungen Ehepaar auf die Hochzeitsreise, auf eine Fahrt um die Welt. Aber diese Liebesleute aus dem Jahre 1926 sind echte Kinder ihrer Zeit: unromantisch, real, nüchtern; man sieht sie in Venedig, in Kairo, in Samsul und sonstwo, nicht auf schwankenden Gondeln, in ehrfürchtiger Bewunderung vor den Pyramiden, auf der Suche nach den Reizen des alten Byzanz; wo immer sie haltmachen, sitzen sie in der Halle des Luxushotels, das immer dasselbe ist, tanzen nach den wilden Rhythmen derselben Reglerkapelle, und der Filmautor hat das uniforme Antlitz dieser immer reizloser werdenden Welt enthiilt. In der Tat: nicht nur im Lande Mustafa Kemal, der mit eiserner Energie seinen Türken äußerlich und innerlich ihre Rationaltracht auszieht und sie mit der Zivilisationsuniform europäisch-amerikanischer Herkunft erschädigt, wird den nationalen Eigenheiten keine Stütze angelegt; die ganze Welt erneuert sich nach New Yorker Muster. Die Romantik des Orients, der geheimnisvolle Zauber des fernen Ostens besteht nur noch in der Phantasie des Europäers, der geru von den Reizen ferner Länder träumt, der sich die Wunschbilder erotischer Bizarrie auch dort noch ausmalt, wo längst der Verkehrsraum, der amerikanischen Baustil und das Auto heimisch geworden sind.

Man braucht sich daher nicht zu wundern, wenn man hört, daß die japanische Regierung das Yoshiwaraviertel von Tokio und wohl auch in den übrigen japanischen Städten vom Erdboden verschwinden lassen will, deren jede nach dem Muster der Metropole des Inselreichs ihre besondere Liebesstadt hat. Die Schließung der öffentlichen Häuser im Land der aufgehenden Sonne soll bis zum Jahre 1932 durchgeführt sein, falls der Antrag im Parlament angenommen wird, woran allerdings kaum zu zweifeln ist. Damit wird wieder einmal ein Buan Keitro europäischer Phantasie zum Untergang verurteilt, ein von Bühnenschriftstellern, Komponisten und Romanziers mit Vorliebe idealisiertes Milieu verschwinden, eine Welt für sich, die Welt der Teekhäuser, der schwankenden Papierlaternen, der Tanzfeste, der Geishas und Dschoros, versteinen. Der große Brand des Jahres 1911, der das Yoshiwaraviertel einscherte, das lurchbare Erdbeben, das Japan heimgelacht und sich besonders seine Hauptstadt auszerleben hatte, konnten seinen Untergang nicht besiegeln; erst der Wille des Landes, das sich modernisieren und mit den überlebten Traditionen brechen will, hat dies vermocht.

Yoshiwara, die Stadt der Liebe bei Tokio, bildete für jeden Fremden, der die japanische Hauptstadt besuchte, eine Sehenswürdigkeit ersten Ranges, und besonders verständig; es die Seeleute nicht, von einer Fahrt über den Ozean in das geheimnisvolle Viertel einzuföhren. Wenn ein Rotrose zur Dämmerstunde einen Wagenzieher anrief, so konnte er sicher sein, nach Yoshiwara geföhren zu werden, auch wenn er sich mit Worten nicht verständlich machen konnte. Das Yoshiwaraviertel liegt am Uferstrand des Stadtteils Matsuzi, der die Haupttempel und die besuchten Vergnügungsorte enthält. Yoshiwara hat nur einen einzigen Eingang. Es ist von einem Bitterbaum umschlossen, und der Eingang in die Stadt der Liebe föhrt durch ein einziges Tor, das strenger polizeilicher Bewachung

untersteht ist. Yoshiwara heißt eigentlich Schiffsfeld und bezelnet nichts als einen Bauplatz, der in früherer Zeit für seinen späteren Zweck ausersehen war. Von Tokio aus hat sich der Name für die Einrichtung um das ganze Inselreich verbreitet. Neugierlich unterseheidet sich Tokio Yoshiwara von den übrigen Straßen der Hauptstadt durch seinen Glanz. Die Hauptstraße, von der zahlreiche, ziemlich kurze Nebenstraßen abzweigen, zeichnet sich durch eine außer-gewöhnliche Breite aus. Die vielschichtigen Holzhäuser sind prächtig geschmückt und erstrahlen am Abend in hellster Beleuchtung. Die poetischen Schilder, die sie an der Front tragen, etwa „Paradies auf Erden“, weisen unzweideutig auf ihre Bestimmung hin. Vor den Türen sitzen am Abend die prächtig gepuhten Bewohnerinnen, mit vielen bunten Ziernadeln und Kämmen im Haar, mit gepudertem Gesicht und gelangweilter Miene.

Diese Mädchen sind nicht etwa die berühmten Geishas, sondern die Dschoros. Die Fremden, die Japan nur sichtlich besucht haben, verwechseln diese beiden durchaus von einander verschiedenen Kategorien nur zu gern. Die Geisha ist ein Mädchen, das von Jugend an eine vorzügliche Erziehung und Bildung genossen hat, das musikalisch ist, sich ebenso sehr auf das Schmelzen zerlicher Verse und eine schlagfertige Unterhaltung wie auf einen anmutigen Tanz versteht und gern zu Banquets geladen wird, um den Gästen die Zeit zu vertreiben. Bei den Dschoros, meistens bei den meisten von ihnen, wird man vergebens Bildung und Erziehung suchen. Dabei ist der Beruf der Dschoros durchaus nicht verachtet. In der nach an alten Ueberlieferungen hängenden Denkwiese hat die Tochter armer Eltern sogar die Pflicht, diesen beim Gelderwerb behilflich zu sein und notfalls eine Dschoro zu werden. Früher war es nicht selten, daß der Vater eines hübschen Mädchens dem Besitzer eines Hauses in Yoshiwara seine Tochter verträglich auf eine längere Zeit, meist auf drei Jahre, überließ. Ebenso häufig kam es vor, daß sich ein Japaner seine Frau unter diesen Mädchen auswählte; ja, ein bekanntes japanisches Drama verberichtet sogar die Tochter eines japanischen Ritters, die sich als Dschoro verkaufen ließ, damit der Vater den Erlös zur Bewirtlichung eines Raschepianos verwenden konnte, den er zur Sühnung der Ermordung seines Herrn gekauft hatte. Eine Dschoro, die nach dem Ablauf ihres Vertrages nicht geheiratet worden war, blieb oft freiwillig in Yoshiwara.

Schon früher — es mögen etwa 30 Jahre her sein — hat man versucht, das Yoshiwara verschwinden zu lassen; eine Ständeverammlung eines Bezirks verbot kurzerhand die Weiterführung der Teekhäuser, aber die Folgen dieser gutgemeinten Maßregel müssen den Erwartungen nicht entsprochen haben, denn dieselbe Verammlung, die das Verbot erlassen hatte, mußte es bald wieder zurücknehmen. Es hat auch einmal einen Streik der Dschoros gegeben, der sogar in postlicher Form verberichtet und in einem Gassenhauer besungen wurde, den jedes japanische Kind auf der Straße sang. Aber des liegt weit zurück. Den Schlag, der jetzt gegen die japanischen Liebesstädte geföhrt wird, werden diese kaum verwinden. Yoshiwaras Schicksal ist besiegelt.

Die Amsel beim Nestbau.

Sowie man auch bereits sich mit den Lebensgewohnheiten der Vögel beschäftigt hat, so bleiben doch noch immer überraschende Dinge auf diesem weiten Gebiet zu entdecken. Das zeigen die Beobachtungen beim Bau eines Amselnestes, die Schöfler in der Zeitschrift „Der Naturforscher“ veröffentlicht. Er konnte von einem Fenster des Provinzialmuseums in Hannover aus dem ersten Stock die Nestanlage auf einem Kirchturm im Hofe aus einer Entfernung von vier Metern genau verfolgen. Am Bau war nur das Weibchen beteiligt, während das Männchen meistens unten auf dem Rasen Wärmer suchte. Das Nestmaterial, hauptsächlich trockene Halme, stammte aus den benachbarten Anlagen. „Durchschnittlich leben Minuten hielt sich das Weibchen am Nest auf“, berichtet Schöfler. „Es drückte das Baumaterial mit dem Schnabel in die schon ziemlich weitgediehene Nestmulde. Dann preßte sich der ganze Vogel ganz tief in das Nest hinein und die eigentliche Bauarbeit begann. Mit dem Augenblick, wo das Tierchen ins Nest gepreßt war, schien es in eine Art Krampfzustand zu verfallen. Alle Körperteile schien, nach unten wirkend, nur im Rumpf konzentriert zu sein. Schwanz und Flügel, erst locker und entspannt, gerieten durch die heftige Anstrengung des Gesamtorganismus in schnelle zitternde Bewegung. Dieses Hineinpressen des Körpers in die Nestmulde (es erinnerte diese Bewegung an die, welche der Hahn beim Treten der Weibchen bei den Hühnerögeln ausführt) dauerte stets genau vier Sekunden. Es erhob sich dann das Weibchen für einen Zeitraum von fünf Sekunden ein wenig aus der Nestmulde. Entspannung trat ein. Dong wieder von neuem Einpressen des Körperchens. Der Wechsel von Arbeit in Anspannung und geistiger Ruhe konnte bis zu fünf hintereinander erfolgen. Mit jedem Niederdrücken machte das Tier eine Drehung seines Körpers um etwa 36 Grad gegen seine frühere Stellung. Auf je zehn Drehungen kam also eine Totumdrehung des bauenden Vogels im Nest. Im allgemeinen erfolgten zweieinhalb bis drei Umdrehungen in einem Sinne. Dann setzte, oft erst beim nächsten Restschub, eine Drehung im Gegensinne ein.“ Schöfler glaubt deutlich zwei Arten von Bautätigkeit unterscheiden zu können: eine instinkthafte, bei der das Tierchen aus einem inneren Ruch handelte und in einer Art Krampfzustand geriet, und dann eine mehr rationale, bei der das Tier aus keinem Krampf erwachte, wenn er etwas zu langer halten ein Hindernis bot und das widerspenstige Objekt mit Sorgfalt in die Nestwand eingeklebt wurde.

Billige Lebensmittel

Nur
LEIPZIGER STRASSE
ALEXANDERPLATZ
FRANKFURTER ALLEE

Wurstwaren

Sülze	Pfund 45 P.	Knoblauchwurst	Pfd. 1 ²⁰
Mettwurst	Darfl. Pfd. 98 P.	Mettwurst nach Braun	schw. Art. Pfd. 1 ³⁰
Auslandsspeck	1 Pf. 98 P.	Seewurst	Pfund 1 ⁷⁰
Landleberwurst	Pfd. 1 ⁰⁰	Salami	Pfund 1 ⁷⁰
Speckwurst	Pfund 1 ⁰⁰	Servelat	Pfund 1 ⁷⁰
Jagdwurst	Pfund 1 ²⁰	Fettbarmwurst	Pfd. 1 ⁸⁰

Suppenhühner gefroren, Pfund von 1¹⁰
Hirschblätter Pfund 1¹⁰

Kolonialwaren

Hartgriess	Pfund 30 P.	Kl. gesch. Erbsen	Pfd. 38 P.
Hoferlocken	Pfund 22 P.	Bruchmakaroni	Pfd. 45 P.
Kl. weisse Bohnen	Pfd. 13 P.	Bäckobst 5-Frucht	Pfd. 45 P.
Tafelreis	Pfund 22 P.	Kalif. Birnen	Pfund 60 P.
Moulmain-Reis	Pfund 27 P.	Kalif. Ringäpfel	Pfund 58 P.
Malzkaffee	1/2-Pfd.-Pak. 30 P.	Bosn. Pflaumen	Pfd. 30, 38 P.

Frisch gebrannter Kaffee aus eigener Rösterei Pfund 2²⁰ 2⁰⁰ 3⁰⁰ 3⁴⁰
Bensdorp-Kakao 1/2-Pfd.-Paket 95 P. und 1¹⁰ 1/2-Pfd.-Paket 55 P. Paket 28 P.

Käse und Salze

Harzer Käse 3-Pfd.-Kiste	1 ⁰⁰
Romalour	Stück 20 P.
Allg. Stangenkäse	Pfd. 58 P.
Edamer	Pfund 75 P.
Tilsiter	Pfund 70 P.
Echt. Emmenhaler	Pfd. 1 ⁴⁰
Margarine	Pfund 55, 62 P.
Rinderfett	1-Pfd.-Pak. 55 P.
Kokosfett	1-Pfd.-Pak. 60 P.
Bratenschmalz	Pfund 85 P.
Molkereibutter	Pfund 1 ⁴⁰

Obst-Konfitüre:

Johannisbeer	Elmer ca. 2 Pfund	1 ¹⁵
Kirsch	Elmer ca. 2 Pfund	1 ⁴⁵

Dierfeucht-Marmelade:

Elmer ca. 2 Pfund	ca. 5 Pfund	ca. 10 Pfund
80 P.	1 ⁹⁰	3 ⁷⁵

Besonders preiswerte Bowlen- und Tischweine

Borsdorfer Apfelwein	1/2 Fl. 10 Fl.	Ruster Gold	vorz. o. österr. 12 ⁰⁰
Johannisbeerwein	95 P. 5,00	Zwölf-Apostel-Wein	1 ⁷⁵
Cider, essiger Apfelwein	95 P. 9,00	Deutscher Weinbrand	4 ⁰⁰ 18 ⁷⁵
Heidelbeerwein	95 P. 9,00		

ZUR BOWLE!
10 Fl. 1925er Oberhaardter Molkammerer 1⁵⁰⁰
2 Fl. Fruchtchamwein 1⁵⁰

Deppinwein in vorzüglicher Qualität 1⁷⁵
1/2-Liter-Flasche 3⁰⁰

1925er Edenkobener Kirchberg 1,25 12,00
1924er Bayerfelder Schlossberg 1,40 13,50
1922er Nackenheilm. Fritzenhölle 1,75 16,00
1922er Nackenheimer Fenchelbg. Originalabfüllung: Aug. Gangloff 2,60 24,00

Fische und Räucherwaren

Ehollen	Pfund 10 P.	Handg. Würstlinge	Pfd. 22 P.
Ehellsfisch	mit Kopf Pfund 22 P.	Gross pomm. Flundern	Pfd. 38 P.
Rabliou	ohne Kopf 16 P.	Seelachs	Pfund 40 P.
Seelachs	ohne Kopf 16 P.	Sprossbällinge	Pfund 38 P.
Grüne Heringe	Pfd. 65 P.	Ehellsfisch	Pfund 32 P.

Hering 1. Klasse oder Bismarck-od. Bratheringe 68 P.

Obst- und Gemüsekonzerven

Junge Erbsen	1/2 Dose 70 P.	Sellerie	1/2 Dose 95 P.
Gemüse-Erbsen	62 P.	Jg. Schnitt- u. Bredib.	58 P.
Gem. Gemüse mit ...	1 ⁴⁴	Pfefferlinge	90 P.
Gem. Gemüse mittelf.	1 ⁰⁵	Ananas	1 ⁶⁰
Leipziger Allerlei	85 P.	Birnen 1/2 Frucht	95 P.
Jge. Erbsen	mit Karott 1 ²⁵	Reineclauden	1 ¹⁵
Jge. Erbsen	m. gesch. Kar. 70 P.		

Junge Karotten 40 P. 46 P.
Jünger Spinat 46 P. 60 P.

Gemüse

Wirsingkohl	Pfund 8 P.
Weiss- u. Rotkohl	Pfd. 8 P.
Spinat	2 Pfund 25 P.
Blumenkohl	Kopf v. 20 P. an
Obst	
Apfelsinen	4 Pfund 90 P.
Amer. Aepfel	Pfund 28 P.
Zitronen	Dutzend 40 P.
Kranzkeigen	Pfund 30 P.
Bananen	Pfund 58 P.

Verkäufe

Kleppertwagen, Kinderwagen, Rollstühle mit Vollaufzüge 16,30, Rollstühle, Kinderbetten, Kleinkinderwagen, Rollstühle, Spezialgerichte, Schokolade, Obst, Schokolade, etc.
Koch- und Backwaren, etc.
Kleppertwagen, Kinderwagen, Rollstühle mit Vollaufzüge 16,30, Rollstühle, Kinderbetten, Kleinkinderwagen, Rollstühle, Spezialgerichte, Schokolade, Obst, Schokolade, etc.
Koch- und Backwaren, etc.

Kunststoffe, etc.
Kunststoffe, etc.

Kunststoffe, etc.
Kunststoffe, etc.

Kunststoffe, etc.
Kunststoffe, etc.

Kunststoffe, etc.
Kunststoffe, etc.

Kunststoffe, etc.
Kunststoffe, etc.

Kunststoffe, etc.
Kunststoffe, etc.

Kunststoffe, etc.
Kunststoffe, etc.

Kunststoffe, etc.
Kunststoffe, etc.

Kunststoffe, etc.
Kunststoffe, etc.

Kunststoffe, etc.
Kunststoffe, etc.

Kunststoffe, etc.
Kunststoffe, etc.

Kunststoffe, etc.
Kunststoffe, etc.

Kunststoffe, etc.
Kunststoffe, etc.

Kunststoffe, etc.
Kunststoffe, etc.

Kunststoffe, etc.
Kunststoffe, etc.

Kunststoffe, etc.
Kunststoffe, etc.

Kunststoffe, etc.
Kunststoffe, etc.



Nichts anderes...!
Nur
Palmrin
das reine Cocos-Speisefett
Unerreicht an
Fettgehalt, Reinheit und Güte
Palmin ist nur echt in Paketen
mit der Aufschrift „Palmin“
und dem Namenszug
Dr. Schlink
Alleinige Hersteller: H. Schlink & Cie. A. G. Hamburg



Die russische Agrarrevolution.

Das ungelöste Agrarproblem. — Die Klassenbildung auf dem Lande.

Die ökonomische Folge der Agrarrevolution in Rußland ist die fast gänzliche Liquidierung der größeren und mittleren landwirtschaftlichen Betriebe. Fast 99 Proz. der landwirtschaftlichen Produktion befinden sich jetzt in Händen von ungefähr 22 Millionen kleinerer Bauernwirtschaften. Die Produktionsgenossenschaften („Kolkhosen“) und landwirtschaftlichen Sowjetbetriebe („Sowkhosen“) spielen in Wirklichkeit eine ganz unbedeutende Rolle. Die Erhöhung des Landfonds auf Kosten der Enteignung des größeren und mittleren Grundbesitzes ist zweifellos der landarmen Bauernschaft zugute gekommen. Aber es unterliegt schon jetzt keinem Zweifel mehr, daß die Vergrößerung des bäuerlichen Landbesitzes an sich nicht imstande ist, das Agrarprogramm in Rußland infolge des rapid steigenden ländlichen Bevölkerungszuwachses (zirca 1.900.000 im Jahr) zu lösen.

Das Agrarproblem und die Gefahren der Wirtschaftspolitik.

Vor der Revolution setzte die Bauernschaft alle ihre Hoffnungen auf neue Landanteile. Jetzt ist auch dies Quelle — abgesehen von der Abwanderung nach Sibirien, wo insgesamt 9 Millionen Dehjatinen Siedlungsland vorhanden sind — verfliegt. Es tritt immer deutlicher zutage, daß ein wirklicher Aufschwung der Landwirtschaft nur auf dem Wege der Intensivierung erfolgen kann, was jedoch einen bedeutenden Kapitalzufluß nach dem flachen Lande einerseits und die Hebung des städtischen Marktes für den erhöhten Absatz der landwirtschaftlichen Produkte andererseits erfordern würde. Aber beide Probleme stehen in unmittelbarem Zusammenhang mit den Fragen der allgemeinen Wirtschaftspolitik der Sowjetregierung. Das Spitem der durchgängigen Nationalisierung der Industrie und der Monopolisierung des Innen- und Außenhandels führen einerseits zu einer „Preisschere“, die eine verstärkte, ununterbrochene Enteignung der Bauernschaft bedeutet und die Kapitalbildung im Dorfe verhindert, und andererseits zu einer Hemmung des industriellen Fortschritts und zu einer langsameren Entwicklung des Absatzmarktes für landwirtschaftliche Produkte. Unter diesen Umständen ist die Stadt nicht imstande, die Ueberschüsse der Landwirtschaft, die die Bauernwirtschaft schwer belasten, aufzunehmen.

Aber es ist zu erwarten, daß nach der Liquidierung der Diktatur und der kommunistischen Versuchspolitik Rußland einen neuen Aufschwung in kapitalistischen Formen erleben wird und die ökonomischen Folgen der Agrarrevolution in ihrem vollen Ausmaße zutage treten werden: die Millionen bäuerlicher Eigenwirtschaften, die allmählich zu den intensivsten Formen des Ackerbaues übergehen, werden einen gewaltigen inneren Markt schaffen — eine breite Basis für die industrielle Entwicklung des Landes.

Das Ende der Feudalität — Arme und reiche Bauern.

Nicht minder bedeutend sind die sozialen Folgen der Agrarrevolution. Die soziale Umschichtung hat im Dorfe tiefere Wurzeln geschlagen als in der Stadt, wo wir vor kommunistischen Verbrechen stehen, deren Wühlungen keinem Zweifel unterliegt. Die Abschaffung der Bourgeoisie in einem rüstigen, für die sozialistische Umwälzung noch nicht reifen Lande dürfte wahrlich einen vorübergehenden Charakter behalten. Anders verhält es sich mit der Abschaffung des Guts herrnstandes auf dem flachen Lande. Seine Liquidation bildete eine geschichtliche Forderung der bürgerlichen Entwicklung in Rußland. Sie war durch den Gang der Agrarrevolution vorgebestimmt, die auf die Vernichtung der Ueberreste des Feudalismus gerichtet war. Die Gutsbesitzerklasse ist als solche für alle Zeiten erledigt. Es gibt keine Macht auf der Welt, die der Bauernschaft das durch die Revolution ererbte Land entreißen könnte, um es den Gutsbesitzern zurückzuerstatten.

In den 10 Jahren der Revolution sind auch durchgreifende Veränderungen in den Reihen der Bauernschaft selbst vorgegangen. Als erste Folge der Agrarrevolution ist die gänzliche Neuverteilung der Bauernschaft zu betrachten. Die Differenzierung der Bauernschaft, die noch vor der Revolution begonnen hatte, machte einer vollkommenen Neuverteilung Platz, die zu einer Verminderung der Produktivkraft der Bauernwirtschaften führte. Aber der soziale Differenzierungsprozeß, der infolge der gewaltigen Landumteilung und der Politik des Kriegskommunismus einen vorübergehenden Stillstand erfuhr, machte unter dem Einfluß der neuen Wirtschaftspolitik rasche Fortschritte. Schon jetzt ist die Bauernschaft, ihrer Zusammensetzung nach, bei weitem nicht gleichartig. Mit der Entwicklung des Privathandels und insbesondere der Verarmung der Ernährungsteuer in eine Selbststeuer wurde die Differenzierung der Bauernschaft unvermeidlich. Der Uebergang von den kriegskommunistischen Formen der Naturalwirtschaft zu den kapitalistischen hat eine einschneidende Wirkung auf die Bauernwirtschaft ausgeübt.

Folgende Tabelle gibt eine Uebersicht (in Prozenten) über die Gruppierung der Bauernschaft nach den Saatflächen, laut Angaben der in 35 Gouvernements stattgefundenen Erhebungen:

	1922	1923	1924	1925
Düne Saatfläche	6,9	5,8	4,8	4,2 Proz.
Mitteln. Saatfläche 5-2 Dehjat.	46,0	40,7	36,6	33,0
Von 2 bis 5 Dehjatinen	40,8	44,0	46,7	49,4
Von 6 bis 10 Dehjatinen	5,6	7,8	9,0	10,2
Mit mehr als 10 Dehjat.	1,2	2,2	2,8	3,3

Den höchsten Zuwachs hat demnach die Gruppe mit einer Anbaufläche von mehr als 10 Dehjatinen erfahren, die im Verhältnis zum Jahre 1922 auf fast das Dreifache, und die Gruppe mit 6 bis 10 Dehjatinen, die fast auf das Doppelte gestiegen ist.

Wachsende Bedeutung der oberen Bauernschaft.

Die wirtschaftliche Bedeutung der oberen Bauernschaft kommt darin zum Ausdruck, daß sie die Hauptrolle im Getreideabsatz und im Ankauf von industriellen Erzeugnissen spielt: nach den amtlichen Angaben liefern 14 Proz. der Bauernschaften insgesamt 60 Proz. der für den Markt bestimmten Getreidemenge. Trotz der demagogischen Verfolgungen, die speziell gegen diese „Dorfausbeuter“ (Kulaki) gerichtet sind, ist die Sowjetregierung gezwungen, sich nach dieser wohlhabenden Schicht der Bauernschaft zu orientieren, die als Steuerzahler, als Lieferanten des Exportgetreides und als Käufer der Erzeugnisse der nationalisierten Industrie in erster Reihe in Betracht kommt.

Die Gruppierung der Bauernwirtschaften nach der Größe des Landbesitzes, des Viehstandes, der Zahl der Konsumenten und der Arbeitsfähigen im Jahre 1924/25 ist aus folgender Tabelle zu ersehen (in Millionen):

	Mit einer Anbaufläche bis 4 Dehjat.	4-8 Dehjat.	8-15 Dehjat.	Mehr als 15
Wirtschaften	6,2	9,8	8,0	0,8
Konsumenten („Seelen“)	27,2	47,9	18,2	6,9
Arbeitsfähige	11,9	19,9	7,2	2,7
Gesamter Viehbestand	8,7	17,2	7,8	3,5
Arbeitsvieh	2,9	7,0	3,6	1,7
Besteuerndes Land	13,8	58,9	31,0	19,2
Anbaufläche	3,9	27,4	15,3	9,6

Demnach gehören weniger als einem Fünftel der Gesamtheit der Wirtschaften (jede mit mehr als 8 Dehjatinen) 45,1 Proz. des gesamten Landes, 30,4 Proz. des gesamten Viehbestandes und 34,9 Proz. des gesamten Arbeitsviehes. Wenn sich an einem Pol, trotz aller Hindernisse, eine mächtige Schicht der bemittelten Bauernschaft bilden wird, die Lohnarbeiter einstellen und Boden pachten, so wird sich am anderen Pol eine Klasse der ländlichen Proletarier und Halbproletarier bilden. Nach den amtlichen Angaben beträgt gegenwärtig die Zahl der Landarbeiter 3 1/2 Millionen. In Wirklichkeit ist jedoch die Zahl der Landarbeiter bedeutend höher, da in den meisten Fällen auch die Bauern ohne Land und ohne Pferd, die insgesamt 30 bis 40 Proz. zählen, den Landarbeitern hinzugerechnet werden müssen. Die soziale Differenzierung der Bauernschaft wurde, wie immer in Rußland, durch die Familienteilungen einerseits und das Ausschleiden der extremen Flügel aus der Bauernschaft andererseits verschleiert. Die Dorfbourgeoisie geht zum Handel und der Kleinindustrie über, das Dorfproletariat zieht nach den Städten und bildet dort eine

ungeheure Reservearmee der Industrie.

die zurzeit über 1 1/2 Millionen Köpfe zählt. Unter diesen Bedingungen beschleunigt sich der Prozeß der sozialen Differenzierung nicht nur unter der Bauernschaft, sondern auch im ganzen Lande.

Die bäuerliche Umschichtung in Arme und Reiche bildet einen ungeheuer wichtigen Faktor nicht nur in wirtschaftlicher, sondern auch in politischer Beziehung. Die Bolschewisten werden sich wohl bemühen, solange es ihnen möglich sein wird, den spontanen Prozeß der sozialen Umschichtung der 100 Millionen starken Bauernbevölkerung zu regeln und eine Bauerngruppe gegen die andere auszuspielen. Die Idee des Privateigentums, die in schroffem Gegensatz zu den Grundfäden der bolschewistischen Wirtschaftspolitik steht, dringt jedoch immer tiefer in die Reihen der Bauernschaft ein. Umsonst ist die Rühre, ein Bündnis zwischen der Dorfarmut und den Mittelschichten zum Kampf gegen die wohlhabenden Bauern, die sogenannten „Dorfausbeuter“ (Kulaki), ins Leben zu rufen. Die Mittelschichten und die „Dorfausbeuter“ sind durch das Privateigentum und das privatwirtschaftliche Interesse zu eng miteinander verbunden. Sie sind nur verschiedene Bruchteile der neuentstandenen und in der Revolution zur Entfaltung gekommenen,

von den feudalen Fesseln befreiten Dorfbourgeoisie.

die einen Zusammenschluß mit der ihr verwandten neuen städtischen Bourgeoisie anstrebt.

Das nachrevolutionäre russische Dorf bildet zurzeit infolge seiner ökonomischen und kulturellen Rückständigkeit keineswegs eine Basis für den Aufbau des Sozialismus, wie es die Bolschewisten glauben, sondern lediglich eine Basis für den Kapitalismus. Dieser bürgerliche Charakter der sogenannten „Sozialisierung des Bodens“ wird für Rußland die größten politischen Folgen nach sich ziehen. Leider haben die Bolschewisten durch ihre antidemokratische Politik, durch ihr Verhalten gegenüber der Bauernschaft, das Möglichste getan, um die Hundertmillionen der Bauernschaft aus einem politischen Verbündeten des russischen Proletariats, aus einem natürlichen Stützpunkt der Demokratie in einen vermurksten Stützpunkt des bürgerlichen Bonapartismus zu verwandeln, der in den Reihen der kommunistischen Partei selbst im Entstehen begriffen ist.

P. G.

Handel gegen Verbraucher.

Die Kohlenhändler gegen den direkten Bezug und gegen die Genossenschaften.

Die Kohlenhändler planen einen neuen Vorstoß, um gesetzliche Bestimmungen des Kohlenwirtschaftsgesetzes, die zum Schutze der Verbraucher getroffen wurden, unwirksam zu machen. Der § 64 der Ausführungsbestimmungen zum Kohlenwirtschaftsgesetz bestimmt nämlich, daß die Syndikate jedem Verbraucher beim Bezug mindestens einer Wagenladung Brennstoff zu einem Vorzugspreis zu liefern haben. Die Belieferung erfolgt durch den Handel.

Der Zweck der Bestimmung, von der insbesondere während der Sommermonate Gebrauch gemacht werden soll, ist offensichtlich der, die wirtschaftlichen Vorteile des Kohleneinkaufs im Großen nicht nur dem Handel zugute kommen zu lassen, sondern es auch den Verbrauchern zu ermöglichen, in gemeinsamem Einkauf die Kohle billiger zu beziehen als durch den normalen Kleinhandel. Der Kohlenhandel beantragt nun, diese Vorschrift außer Kraft zu setzen, damit er den verbilligten Wagonbezugs nur solchen Verbrauchern zugesenden will, die fünfzehn Tonnen Brennstoffe (300 Zentner!) für sich selbst verbrauchen. Ueber diesen Antrag soll am 2. April im Reichskohlenrat die Entscheidung fallen, nachdem schon früher ein ähnlicher Antrag abgelehnt worden ist. Es ist wohl ein einzigartiger Fall, wo der Handel dem Verbraucher derartige Beschränkungen in der Freiheit des Einkaufs kraft Gesetzes auferlegen will. Man will den gemeinsamen Bezug durch mehrere Käufer unmöglich machen. Aber ganz abgesehen davon, daß praktisch die dazu notwendige Kontrolle in vielen Fällen gar nicht durchzuführen wäre und vom Handel selbst wahrscheinlich umgangen werden würde, ist es geradezu eine Herausforderung der Verbraucher, wenn man ihnen die wenigen Möglichkeiten eines wirtschaftlich vorteilhaften Bezuges von Kohle nehmen möchte, während der Hausbesitzer und der Inhaber von Augustvillen weiter ihre Kohle billiger bekommen sollen.

Das Vorgehen des Kohlenhandels liegt übrigens auch in der Linie einer Reihe von anderen Schritten, die die Ausschaltung des Verbraucherschutzes bezwecken. Vor allem will man die lästige Konkurrenz der Genossenschaften im Kohlenhandel beseitigen. Diese sind neben wenigen anderen gemeinnützigen Versorgungsunternehmen nämlich noch die einzigen Verteilungsbetriebe, die das Händlermonopol bedrohen. Es gibt kaum einen anderen Gemeinbezugs, in dem der Zwischenhandel so straff geregelt ist wie der der Kohle. Gefänge es den Händlern, noch die wenigen Hemmungen zu beseitigen, die der Ausübung ihrer Monopolmacht im Wege stehen, so müßte sich der Verbraucher beliebige hohe Handelszuschläge gefallen lassen. Den Mehrpreis würde aber in der Hauptsache die arbeitende Bevölkerung tragen, die auf den Kleinbezug angewiesen ist — die Augustwohnungen, die Zentralheizung, Warmwassererwärmung usw. haben ja einen verhältnismäßig geringen Kohlenbedarf, der außerdem von der Hausverwaltung im großen eingekauft wird. Aus diesem Grunde muß die Arbeiterschaft gegen die Bestrebungen der Händler rechtzeitig Einspruch erheben.

Der Kohlenhandel verdient keine starke Stellung einem Gesetz, das der Durchführung der Gemeinwirtschaft dienen soll. Es sieht ausdrücklich den Schutz der Verbraucher in den genannten Bestimmungen vor. Ihn beseitigen, hieße also, das gemeinwirtschaftlich gedachte Gesetz zum privaten Vorteil kleiner Händlergruppen in ein Gesetz zur Sicherung von Monopolrenten umzuwandeln. Wir zweifeln, daß selbst ein Minister des Bürgerblocks, der durch sein Einspruchsrecht jederzeit die Möglichkeit hat, Beschlüsse des Kohlenrats zu durchkreuzen, sich dazu hergeben würde, dem Gemeinwohl des Händlertums derartigen Vorstoß zu leisten.

Landbund, Handwerk und Handel.

Der Reichslandbund gibt die Genossenschaften preis.

Kürzlich wurde gemeldet, daß der Reichslandbund eine Arbeitsgemeinschaft mit dem Reichsverband des deutschen Handwerks eingegangen sei zur Durchführung gemeinsamer wirtschaftspolitischer Ziele. Ueber den Inhalt des Abkommens schloegen sich die Beteiligten aus. Das war umso auffälliger, als bekanntlich der Reichslandbund früher immer dem Handwerk feindselig gegenübergestanden und sich oft genug über die hohen Preise beschwert hat, die den Landwirten für Handwerkerarbeiten abverlangt würden. Dieser Hinweis gehörte zu dem Material, mit dem die Agrarier die Kollage der Landwirtschaft zu begründen suchten. Und dann das Bündnis?

Jetzt wird der Inhalt des Abkommens zwischen den feindseligen Brüdern bekannt. Die Pressestelle des Handwerkerverbandes erklärt nämlich, der Anlaß zu dem Abkommen sei letzten Endes die Konkurrenz gewesen, die dem Handwerk durch die landwirtschaftlichen Genossenschaften gemacht wurde. Man hatte zunächst versucht, die hierdurch entstandenen Streitigkeiten durch eine zentrale Schlichtungsstelle zu bereinigen. Dieser Versuch ist gescheitert, dagegen hat sich der Versuch örtlicher Verhandlungen von Fall zu Fall als aussichtsreicher erwiesen. Für solche örtlichen Verhandlungen kommen in erster Linie die Landbünde in Frage. Daraus erklärt sich, wie die genannte Pressestelle mitteilt, daß sich der Reichsverband zunächst an den Reichslandbund gewandt hat, um mit diesem zu einem Abkommen über eine wirtschaftspolitische Verständigung zu kommen. Mit dem Deutschen Bauernbund und den Christlichen Bauernvereinen sind gleiche Verhandlungen eingeleitet worden mit dem Ziele, allmählich alle im Reichsausfluß der deutschen Landwirtschaft beteiligten Vertretungen in ein wirtschaftlich-friedliches Abkommen mit dem Handwerk einzubeziehen.

Mit anderen Worten: der Landbund gibt, um sich die Hilfe des Handwerks bei seiner Schutzpolitik zu sichern, die landwirtschaftlichen Genossenschaften preis. In dem Kampfe, den das Handwerk zusammen mit anderen Berufsgruppen durch die Wirtschaftspartei und ähnliche Freunde gegen die Genossenschaften führen läßt, tritt der Landbund auf die Seite der Genossenschaftsfeinde.

Das wird noch offensichtlicher durch die Mitteilung des Handwerkerverbandes, wonach dieser auch die Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels zu einem Bündnis gegen die Genossenschaften gewinnen will.

Noch vor wenigen Wochen konnte man im Landbund viel von einem Kampfe gegen das Handelskapital lesen. Jetzt gehen Landbund, Handwerk und Handel in eine Front, um die erst kürzlich so hoch gepriesene enge Verbindung zwischen Erzeuger und Verbraucher zu verhindern! Geht der Anschlag, so werden wieder die Bauern darunter zu leiden haben, denen die Genossenschaften das wichtigste Mittel wirtschaftlicher Selbsthilfe sind. Ob die Bauernschaft diese Gefahren erkennt?

Das Papier der Reichsbahn.

Man schreibt uns:

Von Rationalisierungsfreude erfüllt, las ich die „Bestimmungen über die bei der deutschen Reichsbahn zu verwendenden Papierarten“. Voll Sympathie für die Reichsbahnverwaltung griff ich in Erwartung weiterer Beschlüsse, zu dem von dieser Stelle herausgegebenen „Archiv für das Eisenbahnwesen“. In dem allerneuesten Band (März-April 1927) entdeckte ich einen Aufsatz über „Die Güterbewegung auf deutschen Eisenbahnen in den Jahren 1913, 1922, 1923 und 1924“ — ein Thema, das längst überholt ist, da die Zahlen für 1925 schon vor Wochen vom Statistischen Reichsamte veröffentlicht sind. Enttäuscht streifte ich das schöne glatte Papier, das sich allerdings für diese archaische Zeitschrift gut eignet. Zurück zu der wöchentlichen, ebenfalls amtlichen „Reichsbahn“, der Quelle meiner ersten Papierfreuden. Noch herbere Enttäuschungen! Die Reichsbahn-Ausgaben für Dezember sind heute noch (Mitte März) nicht bekannt, und die summarischen Güterverkehrsdaten reichen nur bis Dezember. Und dies im Augenblick, wo in der Öffentlichkeit um Reichsbahn und Kanäle, um die Finanzen der Reichsbahn, um den Verkehrsretard der Regierung gekämpft wird! Rein, die Papierwirtschaft der Reichsbahn ist noch nicht rationalisiert.

Kartellierung der Basalindustrie. Die hauptsächlichsten Werte der deutschen Basalindustrie haben sich nach scharfen Konkurrenzkämpfen nunmehr in einem starken Verbände organisiert. Mit Wirkung ab 1. April wird die Basalindustrie auf dem Markt geschlossen auftreten, und zwar sowohl für die Regelung der Preise wie für die Kontingentierung der Produktion. Die Produktion wird in Quoten aufgeteilt, und zwar ist das größte deutsche Werk, die Basalwerke A.-G. in Linz a. Rhein (Kittkapital 24 Millionen) mit 21 Prozent beteiligt. Auf die Dörfelwerke in Köln und auf die Eisfelder Steinwerke im Siegerland entfallen je 18 Proz. Die deutschen Konsumenten, zu denen in der Hauptsache die Kommunen gehören, werden also bald einem starken Verbände von fast monopolistischer Wirkung gegenüberstehen, der nur durch die Auslandskonkurrenz etwas in Schach gehalten wird.

15,5 Millionen Mark zur Urbarmachung staatlicher Moore. Dem Landtag wird demnächst ein Gesetzentwurf zugehen über die Bereitstellung von Staatsmitteln zur Urbarmachung von staatlichen Mooren in den Regierungsbezirken Königsberg und Gumbinnen, und zwar wird von dem Staatsministerium ein Betrag von 15,5 Millionen Mark zur Urbarmachung der staatlichen Moore in den genannten Regierungsbezirken zur Verfügung gestellt. Die Mittel sollen auf dem Wege des Kredites beschafft werden. Die Kultivierung der Moore verfolgt, wie in der Begründung zum Gesetzentwurf ausgeführt wird, außer der Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion auch die Zwecke der Siedlung; insbesondere sollen die vorhandenen Moosbruchkolonate auf eine selbständige Ackerkultur gebracht werden. Zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse ist ferner der Bau von zwei Brücken vorgesehen. Ferner werden für den Ankauf bzw. den Neubau von Gebäuden zur Unterbringung von Beamten, Angestellten und Arbeitern sowie für die Beschaffung der erforderlichen Kraftgeräte und Gaspannträfte schätzungsweise 500 000 Mark erforderlich sein.

50000 Menschen

in Berlin sehen sich täglich ab
Freitag, den 25. März
den stärksten Film der Welt

DIE MUTTER

in folgenden

28 Theatern

an:

- | | |
|---|-------------------|
| in Charlottenburg:
Germania-Palast | Die Mutter |
| Piccadilly | Die Mutter |
| Richard-Oswald-Lichtspiele | Die Mutter |
| im Zentrum:
Ufa-Theater, Alexanderplatz | Die Mutter |
| in Moabit:
Ufa-Theater, Turmstraße | Die Mutter |
| in Neukölln:
Eden-Lichtspiele | Die Mutter |
| Excelsior-Lichtspiele | Die Mutter |
| Kuckuck-Lichtspiele | Die Mutter |
| Rollkrug | Die Mutter |
| Südstern-Lichtspiele | Die Mutter |
| Stern-Lichtspiele | Die Mutter |
| U-T-Lichtspiele Hasenheide | Die Mutter |
| im Norden:
Alhambra-Lichtspiele, Seestraße | Die Mutter |
| Ballschmieder, Gesundbrunnen | Die Mutter |
| Humboldt-Lichtspiele, Gesundbrunnen | Die Mutter |
| Metro-Palast, Chausseestraße | Die Mutter |
| Pharus-Lichtspiele, Müllerstraße | Die Mutter |
| Ufa-Theater, Königstadt | Die Mutter |
| im Nordosten:
Elysium-Lichtspiele, Prenzlauer Allee | Die Mutter |
| Flora-Lichtspiele, Landsberger Allee | Die Mutter |
| Schweizergarten-Lichtsp., Am Friedrichshain | Die Mutter |
| im Osten:
Concordia-Palast, Andreasstraße | Die Mutter |
| in Schöneberg:
Ufa-Theater | Die Mutter |
| im Südwesten:
Rivoli-Lichtspiele, Bergmannstr. | Die Mutter |
| in Steglitz:
Flora-Lichtspiele | Die Mutter |
| in Weißensee:
Ufa-Theater | Die Mutter |
| in Wilmersdorf:
Deutsche Lichtspiele | Die Mutter |
| Wittelsbach-Palast | Die Mutter |

ERIK CHARELL BRINGT
Täglich 8 Uhr
Ende 11 Uhr
Sonntag, nachm. 3 Uhr, ungek. halbe Preise
Genera Kupfer Bendow Westermeyer u. A.
Wie einst im Mai
Alfred Braun Camilla Spira
Vier Piano Kiddis, Sunshine-Girls, Permané brothers u. viele Attraktionen. Vorverk. (10-6) ununterbrochen. Bühnenbilder: Ernst Stern. Dirigent: Dr. Ernst Römer.
Großes Schauspielhaus

Staats-Theater Volksbühne
Opernhaus a. Platz d. Republ. Theater an Orlowplatz Th. am Schiffbauerdamm
12 Uhr: Sinfonie-Mittags-Konzert 8 Uhr: Sinfonie-Konzert
8 Uhr: Ein besserer Herr
Schiller-Theater 8 Uhr: Per Gyn
Städtische Oper Charlottenburg 7 1/2 Uhr:
Beethoven-Feier Fidelio
Abonn.-Turnus II.
Deutsches Theater Norden 10334-37 7 1/2 U. Ende 10 U. Zum 1. Male:
Der Arzt am Scheideweg
Kammerspiele Norden 10334-37 8 Uhr: Ende 10 Uhr:
Toni
Die Komödie Hermark 2414, 2514 8 Uhr: Ende 10 1/2
Mannequins
Heute, Sonnabend, Sonntag
Letzte Aufführungen!
Nachtvorstellung 11 Uhr: Ende 12 1/2
Wasch ein Kind
Preise 2, 3 u. 4 Mark

Komische Oper
Allabendlich 8 1/2 Uhr:
Sünden der Welt
Die weltstädtische
James-Klein-Revue
Sonntags nachm. 1 Kind frei bei halben Preisen.
Theaterkassa ab 10 Uhr ausverkauft geöffnet.

CASINO-THEATER 8 Uhr:
Das erste Volksstück in dieser Spielzeit
Familie Habenicht's I
Ausscheiden Gutschein 1-4 Pers.
Paartisch nur 1 Mk., Sessel 1,50 Mk.

Verlängert
TAUENTZIENPALAST
BALI
Das Wunderland
TEMPEL-FESTE UND TÄNZE
Der erste Expeditionsfilm einer deutschen Frau
LOLA KREUTZBERG hält vor jeder Vorstellung ihren Vortrag um 6, 8, 10
MICHEL

Malton-Weine
aus Mais
anerkannt beste
Stärkungsweine
aus Malz
für Kranke, Schwache, Erholungsbedürftige und auch für Gesunde.
Seit 1895 im Handel und ärztlich empfohlen.
Deutsche Malton-Gesellschaft m.b.H.
Wandsbek-Hamburg.
Niederlage:
Ostwerke Aktiengesellschaft
Zweigniederlassung Wandsbek-Hamburg.
Vertriebsstelle Berlin N 4, Chausseestr. 42.
Tel.: Norden 710.
Zu beziehen à Mk. 2,50 pro 1/2-Literflasche durch die Apotheken, Drogerien und Feinkostgeschäfte.

Wo?
kleide ich mich
gut und billig
bei bequemster
Teilzahlung?
Nur in der
Maßschneiderei
für elegante
Herren- u. Damen-Kleidung
fertig und nach Maß.
J. Kurzberg
Oranienstraße 160, I.
Chausseestraße 1
Eingang Holzer Straße, I.

Fort mit all den schlimmen Wäsche-feinden!



Meine Wäsche ist mir zu wertvoll, um sie durch scharfe Waschmittel zu zerstören. Ich schütze mich vor Schaden und nehme nur noch Suma, das neuartige Waschmittel der Sunlight-Gesellschaft, Mannheim, das so mild wie reinste Seife ist, und doch so viel ausgiebiger, waschkräftiger und sparsamer.

Suma enthält nur waschwirksame Bestandteile; es ist frei von Füllmitteln, wie Wasser und Soda. Suma bildet im Kessel einen lebendigen Strom von Millionen Suma-Seifenbläschen, die allen Schmutz in sich aufnehmen. So erfolgt die Wäschereinigung auf die müheloseste und schonendste Weise. Mit Suma behandelte Wäsche wird schneeweiß und bleibt lange wie neu.

„Sunlight“ Mannheim



„Deutscher Sport“
Ausstellung
Spielplatz
TUNA PARK
Vom 25. März bis 10. April
Protokoll-Regierungspräsident
Dr. Friedensburg
Eintritt 1 Mark
TÄGLICH WECHSELNDES
SPORTPROGRAMM
HEUTE 11 Uhr
ERÖFFNUNG

amst. 8 Uhr
Th. Königplatz St. Hasenheide 21 10
8 Uhr: Die
treue Nympe
Elisabeth Bergner
Komödienhaus Norden 6304
8 Uhr:
Zum letzten Male!
Dover - Calais
Hörk. v. Thalman.
Sensibel.
Das zweite Leben
Walhalla-Theat. 57.
Wobersberg 1872
Die von der
Liebe leben!
Die Spiel des Lebens für sich
Ich rede Leute in 4 Akten
Jugendliche halbes Zertifikat!

Wallner-Theater
8 1/2 Uhr Der Operettenkönig 8 1/2 Uhr
in der Nacht
Wintergarten
Variete
Rauchen
gestaltet

Reichshallen-Theater
Abends 8 Uhr u. Sonntag nachm. 3 Uhr
Stettiner Sänger
Das wundertolle Programm!
Mittwochs: halbe Preise.
volles Programm!
Dönhoff-Brett!
Variet. & Konzert. Tanz

Nur bis Dienstag
im Busch-Gebäude 18gl. 8 Uhr
der klassische Zirkus Carl
HAGENBECK
Der Mensch als Granate
allabendlich vor bis Sonntag. — Sonntag nachm. 3 Uhr Familien-Festabend.
Sonntag vorm. 10-1 Uhr Theater.
Sonntag halbe Preise!

SARRASANI
Sene Autohalle, 37. März letzter Tag
Tägl. 7³⁰. Mittwoch, Sonnabend, Sonntag, auch 3 Uhr, Kinder halbe Preise.

Theat. a. Hollendorpl. Kurfürst 2091 8 Uhr:
Max Adalbert
in „Möllers“
Salisbury-Palast Des. Künstler-Th. Richard Tesler, Rita Georg
8. Der Zarewitsch
Lessing-Theater 8 U.: Der Patriot Wagner, Kater
Losspielhaus 8 1/2 Uhr:
Die Thierbe
Herrn - ein Junge
Thalia-Theater 8 Uhr:
Der mutige Seefahrer
Metropol-Theat. Täglich 8 Uhr:
Zirkusprinzessin
Tränen-Theater Täglich 8 1/2 Uhr:
Absteigequartier
Rose-Theater 8 1/2 Uhr:
Das Mädchen von der Landstraße

Höchstleistung in süßen Dessertweinen
Preise inkl. Steuer ohne Glas
Muskateller 80cl. Dessertwein 1/2 Orig.-Fl. 1,50
Span. Süßwein vollmundig u. edel 1/2 Orig.-Fl. 1,70
Tarragona 1/2 Flasche 0,95
Santa Rosa 1/2 Orig.-Fl. 1,40
Malaya Gold 1/2 Orig.-Fl. 1,60
Desiro Portwein 1/2 Orig.-Fl. 1,75
Madelra 1/2 Orig.-Fl. 2,40
Süßer Medizinal-Süßwein 1/2 Fl. 2,30 1/2 Fl. 1,25
in den ca. **550** Filialen
MEYER & Co. L.L.B.